

Jan Eckel

Vielschichtiger Konflikt und transnationale Steuerung

Zur Neuinterpretation der Geschichte internationaler Politik zwischen den 1940er- und den 1990er-Jahren

Staudambauten in Afghanistan, Ahmed Ben Bella und wie er die Welt sah, die Fotos hungriger Kinder in Nigeria und Bangladesch, amerikanische Agrarwissenschaftler, die in Manila Reissorten züchten, Chinas Werben um Afrika, eine UN-Erklärung, niemals umgesetzt, über die Errichtung einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung« – wer hätte vor 20 Jahren vorausgesagt, dass diesen Episoden einmal symptomatische Bedeutung zugemessen würde, wenn es um das Verständnis der internationalen Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geht. Wie stark sich das geschichtswissenschaftliche Bild des Zeitraums gewandelt hat, lässt sich tatsächlich, noch vor allen interpretatorischen Einordnungen und methodischen Konzeptualisierungen, besonders eindrücklich an der Fülle neuen Wissens ablesen, das historische Studien in den letzten gut 15 Jahren hervorgebracht haben. Weltregionen, über die man wenig wusste, Akteure, die eher im Hintergrund operierten, politische Projekte, die nebensächlich erschienen, Konflikte, die als sekundär galten, sind inzwischen eingehend erforscht.

Zugleich ist dabei plastisch zutage getreten, wie tief greifend das politische Handeln im internationalen Raum die Welt nach der Jahrhundertmitte umgestaltete, selbst wenn ein weiterer großer Krieg ausblieb. Überwölbende Prozesse wie der Ost-West-Konflikt, die Dekolonisierung oder wirtschaftliche Einbrüche und wachsende Ungleichheiten bewiesen eine weitreichende Veränderungskraft. Gleiches galt für Versuche, zu einer grenzüberschreitenden Kooperation zu gelangen und die Lebensbedingungen in verschiedenen Weltregionen zu verbessern, wie sie sich etwa in den Bestrebungen der Vereinten Nationen oder in entwicklungspolitischen Unternehmungen spiegelten. Das Spektrum derer, die auf das weltpolitische Geschehen einwirkten, war denkbar breit gefächert. Machtpolitisch schwergewichtige Regierungen bestimmten es oft an vorderster Stelle, doch nahmen auch vermeintlich nachrangige Staaten einen bisweilen erheblichen Einfluss. Zudem füllten intergouvernementale Organisationen, zivilgesellschaftliche Gruppen, wissenschaftliche und technokratische Experten die internationale Arena mit ihren Plänen und Initiativen.

Hat die jüngste Forschung viel historisches Neuland erschlossen und dabei die säkulare Bedeutung internationaler Politik scharf profiliert, so sind die verschiedenen Stränge, in denen sie sich entwickelt hat, bislang nur selten aufeinander bezogen worden. Insofern bieten sich mehrere Gründe, darüber nachzudenken, wie sich die Geschichte der internationalen Politik zwischen etwa 1940 und 1990 heute in der Gesamtschau darstellt. In diesem Essay möchte ich wichtige Grundzüge dieser Geschichte herauspräparieren und zugleich Vorschläge entwickeln, wie sie sich historisch situieren und in übergreifende Deutungen einfügen lassen. Dafür stütze ich mich auf ein breites, vor allem seit der Jahrtausendwende entstandenes Schrifttum, dessen Aufschlüsse ich zu synthetisieren, zu diskutieren und weiterzudenken versuche. Mehrere neue, in den letzten drei Jahren erschienene Bücher hebe ich in Form von Kurzbesprechungen hervor, um wichtige Forschungsansätze veranschaulichen und wegweisende Erkenntnisse vertiefend erörtern zu können.

Dabei konzentriere ich mich auf drei Untersuchungskomplexe. Sie erschöpfen nicht die historiografischen Perspektiven auf das Thema, geschweige denn auf die internationale

Geschichte im weiteren Sinne.¹ Doch müsste sie, so mein argumentativer Ausgangspunkt, eine Geschichte der internationalen Politik an zentraler Stelle berücksichtigen. Zunächst geht es dabei um internationale Konflikte. Historikerinnen und Historiker haben sich zuletzt immer stärker der Untersuchung dessen verschrieben, was schlagwortartig als »Global Cold War« bezeichnet wird. Sie verstehen die Konfliktgeschichte der zweiten Jahrhunderthälfte als multidimensionales Geschehen, an dem zahlreiche Akteure weltweit maßgeblich beteiligt waren und in dem sich die Systemauseinandersetzung zwischen West und Ost mit unterschiedlichen regionalen Logiken verband. Damit haben sie einerseits sehr komplexe Analysen hervorgebracht, die andererseits jedoch, um die Schärfe im Detail zu erzielen, zeitlich und räumlich in der Regel begrenzt sind. Um eine diachrone Perspektive zurückzugewinnen, schlage ich vor, die konflikthafte Zuspitzung des Zeitraums als Produkt von fünf Entwicklungslinien zu begreifen. Zu ihnen zählten neben dem »Kalten Krieg« der antikoloniale und antiimperialistische Kampf, das Ringen um eine postkoloniale Ordnung innerhalb der neuen Nationalstaaten wie auch auf dem internationalen Parkett, der chinesisch-sowjetische Gegensatz sowie die Einmischungsversuche humanitär motivierter Akteure.

Anschließend richtet sich der Blick auf inter- und transnationale politische Interventionen, die von oftmals weitgespannten Koalitionen staatlicher und nicht staatlicher Akteure vorangetrieben wurden – ob im Bereich der Entwicklungspolitik, der Regulierung von Bevölkerung und Gesundheit oder der Menschenrechtspolitik. Mir geht es darum aufzuzeigen, dass solche Formen der grenzübergreifenden politischen Steuerung in vielen Weltgegenden nachhaltige Auswirkungen hatten und sich zu einem maßgeblichen Terrain für die Austarierung von Interessen entwickelten. Zudem bringen sie wichtige Triebkräfte des internationalen politischen Handelns zum Vorschein – darunter nicht zuletzt idealistische Entwürfe einer besseren Weltordnung – und werfen ein scharfes Licht auf die Rolle von Nichtregierungsorganisationen.

Schließlich ist in den Forschungen der letzten Jahre auch die Reflexion über die Angelpunkte einer Periodisierung des 20. Jahrhunderts in starken Fluss geraten.² Im letzten Teil wechselt der Essay daher von einer systematischen zu einer chronologischen Perspektive. Dabei diskutiere ich zwei jüngst vorgeschlagene Möglichkeiten, die 1970er-Jahre als eine entscheidende Umbruchphase zu begreifen, welche die Nachkriegsgeschichte von der Geschichte unserer Gegenwart trennt. Die eine rückt die in diesen Jahren wachsende »Interdependenz« der Weltregionen ins Zentrum, die andere hebt darauf ab, das Jahrzehnt als Zeitraum zu interpretieren, in dem wichtige Problemkonstellationen, die bis heute fort-dauern, ihren Ursprung haben. Gegenüber diesen beiden Deutungsansätzen plädiere ich dafür, von einer etwas länger gestreckten, die 1970er- wie auch die 1980er-Jahre umfassenden Transformationsphase auszugehen, in der vor allem vier folgenreiche Veränderungsprozesse zusammentrafen: eine zunehmende weltwirtschaftliche Integration, Weichenstellungen für das Ende der Sowjetunion, die Abkehr vom Modernisierungsdenken im Bereich der transnationalen Politikgestaltung sowie eine Neujustierung des Verhältnisses zwischen globalem Norden und Süden.

Die neueren Forschungen zu den drei skizzierten Feldern weisen in vielerlei gedankliche Richtungen. Und doch teilen sie überwiegend einen gemeinsamen Ansatzpunkt, der

1 Zur Vielfalt der neueren internationalen Geschichte vgl. *Iris Schröder*, Die Wiederkehr des Internationalen. Eine einführende Skizze, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 8, 2011, S. 340–349; *Jost Dülffer/Wilfried Loth* (Hrsg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012.

2 Aus Platzgründen spreche ich die wichtigen Ansätze einer Neubestimmung der 1920er-Jahre nur kurz an und spare diejenigen zur Neuvermessung der 1940er-Jahre aus. Literaturhinweise enthält der dritte Abschnitt.

deshalb vorab umrissen sei. Der ›Kalte Krieg‹ nämlich, so wie er sich im herkömmlichen Narrativ darstellte, bildet für sie nicht länger das intellektuelle Gravitationszentrum, um das herum alles andere kreist. Zwar war die Geschichtsschreibung zu den internationalen Beziehungen auch vor der jüngsten Forschungskonjunktur nicht monothematisch und auf ein einziges interpretatorisches Muster festgelegt.³ Gleichwohl hatte sie dem ›Kalten Krieg‹ eine überragende Prägekraft für den Gang der weltpolitischen Entwicklung zugewiesen.⁴ Die Auseinandersetzung zwischen dem demokratisch-kapitalistischen System des Westens und dem planwirtschaftlich-kollektivistischen System vor allem Osteuropas schien alle anderen Entwicklungen zu absorbieren. Im Vordergrund standen die Handlungsmotive und Perzeptionen, welche die beiden Supermächte bei ihren steten Versuchen leiteten, geopolitische Einflussgewinne zu erzielen und der Machtentfaltung des Gegners entgegenzutreten. Galten die Blockbildung und der nukleare Rüstungswettlauf als die vielleicht wichtigsten Strukturmuster des internationalen Systems, so stand ereignisgeschichtlich die Kette von Krisen im Vordergrund, die von Berlin über Korea, Kuba und Vietnam bis nach Afghanistan reichte. Da sich die politische Hochspannung zwischendurch immer wieder löste, ließ sich die Geschichte der internationalen Beziehungen nach den Phasen der Verschärfung und der Entspannung des Systemkonflikts periodisieren. Geografisch erschienen Europa und Teile Asiens als Epizentren des säkularen Ringens; der Rest der Welt spielte auch eine Rolle, aber vor allem als Schauplatz. Der Politik derjenigen Länder, die sich nicht dem einen oder anderen Lager anschlossen, wurde eine bestenfalls abgeleitete Bedeutung zugemessen.

Dass diese Sicht nicht länger vorherrscht, stellt die wohl grundlegendste Verschiebung dar, die sich in den neuen Forschungen zur internationalen Politik zwischen etwa 1940 und 1990 abzeichnet. Die Perspektiven haben sich einerseits diversifiziert – der Systemkonflikt wird als ein weniger einheitliches, stärker verzweigtes Geschehen gedeutet. Andererseits haben sie sich ausgedehnt – bei Weitem nicht nur der Systemkonflikt erscheint als geschichtsmächtiger Prozess, der im internationalen Raum tiefe Spuren hinterlassen hat. Bei aller berechtigten Skepsis gegenüber programmatischen Überschüssen, an denen es in den jüngsten Studien nicht gänzlich fehlt, kann man sich der Einsicht kaum verschließen, dass diese Blickveränderung überfällig war und dass sie sich als in hohem Maße aufschlussreich erweist.

Wie beim Wandel größerer Forschungsfelder üblich, spielten dabei fachinterne Paradigmenwechsel und neue Gegenwartswahrnehmungen ineinander. Methodisch gingen entscheidende Impulse von der Hinwendung zu transnationalen und globalhistorischen Zusammenhängen, der postkolonialen Sensibilität für die Handlungsmacht von Akteuren des

3 Neben dem ›Kalten Krieg‹ rangierten vor allem die Geschichte bilateraler Beziehungen und diejenige der europäischen Integration als wichtige Untersuchungsfelder. Vgl. als innovative Bestandsaufnahme um die Jahrhundertwende *Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel* (Hrsg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000.

4 Aus diesem Geist sind vor Kurzem noch einige krönende Forschungsleistungen entstanden. Vgl. *John Lewis Gaddis*, *The Cold War. A New History*, New York 2005; *Bernd Stöver*, *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991*, München 2007; *Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter* (Hrsg.), *Krisen im Kalten Krieg*, Hamburg 2008; sowie Teile von *Melvin P. Leffler/Odd Arne Westad* (Hrsg.), *The Cambridge History of the Cold War*, 3 Bde., Cambridge/New York etc. 2010. Vgl. zum traditionellen Narrativ ansonsten *Martin Walker*, *The Cold War and the Making of the Modern World*, London 1993; *Gregor Schöllgen*, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991*, München 1996; *Edward H. Judge/John W. Langdon*, *A Hard and Bitter Peace. A Global History of the Cold War*, Upper Saddle River/London 1996; *Jost Dülffer*, Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1998; *Wilfried Loth*, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998; *Norman Friedman*, *The Fifty-Year War. Conflict and Strategy in the Cold War*, Annapolis 2000; *Yvan Vanden Berghe*, *Der Kalte Krieg 1917–1991*, Leipzig 2002 (zuerst nl. 2002).

globalen Südens sowie von dem gewachsenen Interesse für die Politik nicht staatlicher Gruppen aus. All dies macht sich stärker bemerkbar als kulturgeschichtliche Perspektiven, die indes ebenfalls manche neuen thematischen und interpretatorischen Akzente gesetzt haben.

Dass daneben auch die Beobachtung des weltpolitischen Geschehens der letzten 15 bis 25 Jahre viel dazu beigetragen hat, das Gesicht der internationalen Politikgeschichte zu verändern, scheint auf der Hand zu liegen. So haben etwa die fortgesetzten Diskussionen über Nutzen und Nachteil humanitärer Interventionen Historikerinnen und Historiker dazu veranlasst, nach den Ursprüngen dieser Politikform zu fahnden.⁵ Und die schweren wirtschaftlichen Zerrüttungen, welche die jüngste globale Finanzkrise auslöste, haben den Blick auf das »Ende von Bretton Woods« und den Aufstieg internationaler Finanzmärkte seit den 1970er-Jahren gelenkt. Die Liste solcher punktuellen Bezüge ließe sich bequem erweitern. Noch allgemeiner mag sich der historische Fokus jedoch infolge einer anhaltenden Unsicherheit darüber gewandelt haben, wie die Struktur des internationalen Systems seit dem Untergang des osteuropäischen Kommunismus eigentlich beschaffen ist: ob unipolar oder multipolar, mit Zügen der Weltregierung oder nationalstaatlich dominiert, den Sieg der Menschenrechte bezeugend oder ihre Niederlage, mit einem größeren oder kleineren Europa, im Schatten eines wiederbelebten »Kalten Kriegs« oder eines urtümlichen Ost-West-Konflikts, verheert von neuen oder nicht so neuen Kriegen, in jedem Fall, so viel scheint gewiss, durchsetzt von schwer durchschaubaren Konflikten. Dieser uneindeutige Zustand mag Historikerinnen und Historiker daran gewöhnt haben, internationale Politik als ein ebenso vielfältig determiniertes wie fluides Geschehen zu begreifen, in dem sich klare Konturen und lange Linien nur schwierig zeichnen lassen.

I. VIELDIMENSIONALE KONFLIKTGESCHICHTE

Auch wenn eine Kritik an der überkommenen Historiografie des »Kalten Kriegs« lautet, sie habe sich auf Krisen und Konfrontationen fixiert und damit der Ereignisgeschichte zu großes Gewicht verliehen, ist die Konfliktgeschichte in den jüngsten Forschungen zur internationalen Politik nach wie vor Gegenstand intensiven Nachdenkens. Das scheint nur angemessen, wenn man berücksichtigt, dass die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts immer wieder im Schatten schwerer diplomatischer Verwerfungen stand, die bisweilen sogar die Gefahr eines Nuklearkriegs heraufbeschworen, dass in Afrika und Asien verheerende »heiße« Kriege geführt wurden und dass sich zahlreiche autoritäre Regime mit brutalen Mitteln an der Macht hielten.⁶ Gleichwohl bildet der beschriebene Versuch, den »Kalten Krieg« aus dem Zentrum der Analyse zu verbannen, in vielen dieser Arbeiten eine entscheidende Prämisse. Sie setzen sich dezidiert von der Vorstellung ab, die internationale Politik sei von einer bipolaren Ordnung strukturiert gewesen, in der zwei Hauptkontrahenten die Erde in einer Art weltpolitischen Pas de deux nach ihren Vorstellungen formten – oder dabei scheiterten. Stattdessen bemühen sie sich darum, ein mannigfaltiges Bild internationaler Konflikte zu zeichnen. Dafür verlegen sie sich zumeist darauf, tiefenscharf herauszuarbei-

5 Zur Geschichte humanitärer Interventionen vgl. *Gary J. Bass*, *Freedom's Battle. The Origins of Humanitarian Intervention*, New York/Toronto 2008; *Brendan Simms/D.J.B. Trim* (Hrsg.), *Humanitarian Intervention. A History*, Cambridge/New York etc. 2011; *Davide Rodogno*, *Against Massacre: Humanitarian Interventions in the Ottoman Empire, 1815–1914. The Emergence of a European Concept and International Practice*, Princeton/Oxford 2012; *Fabian Klose* (Hrsg.), *The Emergence of Humanitarian Intervention. Ideas and Practice from the Nineteenth Century to the Present*, Cambridge 2016.

6 Vgl. *Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter* (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, Hamburg 2006.

ten, welche eigenständigen Zielvorstellungen politische Eliten und Bewegungen der Südhalbkugel im internationalen Raum verfolgten und welche zum Teil erhebliche Gestaltungsmacht sie dabei erlangten.

Historiografisch haben sich vor allem zwei Modelle herausgebildet. Das eine widmet sich bestimmten südlichen Ländern oder Akteuren, zumal Befreiungsbewegungen oder postkolonialen Regierungen, und untersucht diese in ihren regionalen, transnationalen und globalen Verflechtungen. Ein Beispiel dafür liefert Renata Kellers Buch über »Mexico's Cold War«, das an einige wegweisende Studien zu Lateinamerikas Ort im »Kalten Krieg« anknüpft.⁷ Keller verfolgt in einer aufschlussreichen Doppelperspektive zum einen die Wirkung, die die kubanische Revolution von 1959 auf die politische Szenerie Mexikos entfaltete, und zum anderen den außenpolitischen Balanceakt, den die mexikanischen Regierungen in den 1960er- und 1970er-Jahren in dem prekären Beziehungsgeflecht mit den USA und Kuba vollführten. So betonte Präsident Adolfo López Mateos (1958–1964) die mexikanische Solidarität mit dem Regime Fidel Castros, um seine revolutionäre Legitimität aufzupolieren und seine Herrschaft innenpolitisch gegenüber den Anfechtungen radikaler linker Gruppen zu stabilisieren. Verdeckt half er jedoch Dwight D. Eisenhower und John F. Kennedy in ihren antikubanischen Unternehmungen, wobei ihn nicht zuletzt die Furcht leitete, der kubanische Revolutionsexport könne nach Mexiko übergreifen. Gingen die außenpolitischen Schachzüge somit auf, spitzte sich die politische Situation innerhalb Mexikos zu. Dort ließen lokal begründete Unzufriedenheiten im Zusammenspiel mit dem inspirierenden Vorbild der kubanischen Revolution die Opposition immer stärker anschwellen. López Mateos' Nachfolger Gustavo Díaz Ordaz verstieg sich in den Glauben an eine internationale kommunistische Verschwörung, die den Aufruhr im Lande dirigiere. Er entfesselte einen »schmutzigen Krieg«, der vor allem die bäuerliche Bevölkerung auf dem Land und die Studenten in den Städten traf. In Reaktion auf das zunehmend gewaltsame Vorgehen des Staats, so die Autorin, entstanden dann tatsächlich revolutionär gesonnene, militante Bewegungen, die die Eskalationsspirale weiter trieben. Erst am Anfang der 1980er-Jahre hatte die Regierung den blutigen inneren Krieg schließlich gewonnen.

Keller kann Mexiko auf diese Weise plausibel als regionalen Akteur verorten, wobei dem Land wegen seiner geografischen Lage zwischen den Antagonisten USA und Kuba auch eine Funktion im »Kalten Krieg« zukam, die sie differenziert bestimmt. Davon, dass Mexiko in diesem Konflikt eine erstrangige Rolle spielte, ist man indes auch nach der Lektüre des Buches nicht überzeugt. Hier vermag der Versuch, die Mehrdimensionalität des »Kalten Kriegs« zu betonen, das Bild zwar zu vervollständigen, stößt aber auch an Grenzen.

Ein zweites Untersuchungsmodell geht dagegen von bestimmten Konflikten aus und beleuchtet gleichsam deren verschiedene Schichten, angefangen bei den lokalen Ursachen über die regionalen Weiterungen bis hin zu weltweiten Resonanzen und den Einmischungen der Supermächte. In diesem Ansatz erscheinen Konflikte als Mikrokosmen des internationalen Systems. Er richtet sich in der Regel auf kürzere Zeiträume der verdichteten Interaktion, sodass die Prozesshaftigkeit der internationalen Konfliktgeschichte in den Hintergrund tritt. Besonders intensiv ist aus dieser Perspektive zuletzt der indochinesische Schauplatz untersucht worden. Dabei haben sich die Autorinnen und Autoren stärker noch als mit dem ersten Indochinakrieg (dem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich) mit den innervietnamesischen Spannungen nach 1954 und dem sogenannten Vietnamkrieg ausein-

7 Renata Keller, *Mexico's Cold War. Cuba, the United States, and the Legacy of the Mexican Revolution*, Cambridge University Press, New York 2015, 296 S., geb., 103,00 \$. Vgl. als wichtige Vorläuferstudien Hal Brands, *Latin America's Cold War*, Cambridge/London 2010; Tanya Harmer, *Allende's Chile and the Inter-American Cold War*, Chapel Hill 2011. Vgl. auch Andrew J. Kirkendall, »Cold War Latin America: The State of the Field«, H-Diplo Essay, 14.11.2014, Nr. 119, URL: <<http://h-diplo.org/essays/PDF/E119.pdf>> [5.9.2017].

andergesetzt, während die indochinesischen Kriege der späten 1970er-Jahre immerhin ins Blickfeld gerückt sind.⁸ Der Koreakrieg, der wegen des direkten Aufeinanderprallens der Supermächte immer schon einen herausgehobenen Stellenwert besessen hatte, ist auf diesen Linien neu gedeutet worden. Die Kongokrise vom Anfang der 1960er-Jahre, der nigerianische Bürgerkrieg vom Ende der Dekade und die gewaltsame Entstehung Bangladeschs 1971 sind erstmals empirisch scharf unter die Lupe genommen worden.⁹ Ähnlich dichte Forschungen würde man sich für die Konflikte am Horn von Afrika in den 1970er-Jahren, die mittelamerikanischen Bürgerkriege des folgenden Jahrzehnts und den langjährigen, enorm verlustreichen Krieg zwischen dem Iran und dem Irak noch wünschen.¹⁰ Der Trend zur multiperspektivischen Analyse hat sich bis in neuere Handbücher zum ›Kalten Krieg‹ fortgesetzt, die der Betrachtung der regionalen Gemengelagen breite Abschnitte einräumen.¹¹ Europa verschwindet in dieser Untersuchungsrichtung, jedenfalls außerhalb der amerikanischen Forschung, nicht völlig. Vielmehr lässt sich eine parallele Neuorientierung erkennen, da eine Reihe von Autorinnen und Autoren die eigenständigen politischen Bestrebungen und die nicht zu vernachlässigenden Handlungsspielräume europäischer Staaten betont, um auch von dieser Seite her den plurizentrischen Charakter des ›Kalten Kriegs‹ zu unterstreichen. Das wichtigste Feld, auf dem das exemplifiziert worden ist, stellt bislang die Entspannungspolitik der späten 1960er- und der 1970er-Jahre dar.¹²

- 8 Zu den Konflikten bis Mitte der 1960er-Jahre vgl. *Mark Philipp Bradley*, *Imagining Vietnam and America. The Making of Postcolonial Vietnam, 1919–1950*, Chapel Hill 2000; *Philip Catton*, *Diem's Final Failure. Prelude to the American War in Vietnam*, Lawrence 2002; *Mark Atwood Lawrence*, *Assuming the Burden. Europe and the American Commitment to War in Vietnam*, Berkeley/Los Angeles etc. 2005; *Seth Jacobs*, *Cold War Mandarin. Ngo Dinh Diem and the Origins of America's War in Vietnam, 1950–1963*, Lanham/Boulder etc. 2006; *Mark Atwood Lawrence/Fredrik Logevall* (Hrsg.), *The First Vietnam War. Colonial Conflict and Cold War Crisis*, Cambridge/London 2007; *Mark Philipp Bradley/Marilyn B. Young* (Hrsg.), *Making Sense of the Vietnam Wars. Local, National, and Transnational Perspectives*, Oxford/New York etc. 2008; *Jessica M. Chapman*, *Cauldron of Resistance. Ngo Dinh Diem, the United States, and 1950s Southern Vietnam*, Ithaca 2013; *Edward Miller*, *Misalliance. Ngo Dinh Diem, the United States, and the Fate of South Vietnam*, Cambridge 2013. Als neueren Literaturbericht zum Vietnamkrieg vgl. *Robert K. Brigham*, *The War that Never Ends. Historians and the Vietnam War*, in: *Frank Costigliola/Michael J. Hogan* (Hrsg.), *America in the World. The Historiography of American Foreign Relations since 1941*, New York 2014 (zuerst 1996), S. 167–187. Zum dritten Indochinakrieg vgl. *Odd Arne Westad/Sophie Quinn-Judge* (Hrsg.), *The Third Indochina War. Conflict between China, Vietnam and Cambodia, 1972–1979*, London/New York 2006.
- 9 Vgl. *Bernd Stöver*, *Geschichte des Koreakriegs. Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt*, München 2013. Zur Bedeutung des Koreakriegs für die Ausbreitung der Vorstellung eines ›Kalten Kriegs‹ vgl. jetzt *Hajimu Masuda*, *Cold War Crucible. The Korean Conflict and the Postwar World*, Harvard University Press, Cambridge 2015, 400 S., geb., 41,00 \$. Vgl. ferner *Lise Namikas*, *Battleground Africa. Cold War in the Congo, 1960–1965*, Washington/Stamford 2013; das Doppelheft des *Journal of Genocide Research* 16, 2014, Nr. 2-3; *Srinath Raghavan*, *A Global History of the Creation of Bangladesh*, Cambridge/London 2013; *Gary Bass*, *The Blood Telegram. Nixon, Kissinger, and a Forgotten Genocide*, New York 2014.
- 10 Vgl. *Nigel Ashton/Bryan Gibson*, *The Iran-Iraq War. New International Perspectives*, London/New York 2013.
- 11 Vgl. *Richard H. Immerman/Petra Goedde* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Cold War*, Oxford 2013, S. 107–304; *Artemy M. Kalinovsky/Craig Daigle* (Hrsg.), *The Routledge Handbook of the Cold War*, London/New York 2014, S. 131–192.
- 12 Vgl. etwa *Daniel Möckli*, *European Foreign Policy during the Cold War. Heath, Brandt, Pompidou and the Dream of Political Unity*, London/New York 2009; *Poul Villeneuve/Odd Arne Westad* (Hrsg.), *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965–1985*, Kopenhagen 2010; *Jussi M. Hanhimäki*, *Détente in Europe, 1962–1975*, in: *Leffler/Westad*, *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 2, S. 198–218.

Nimmt man sie zusammen, so haben die neueren Forschungen überzeugend vor Augen geführt, dass die internationale Konfliktgeschichte der zweiten Jahrhunderthälfte historiografisch neu konzipiert werden muss. Sie haben gewichtige Argumente dagegen entwickelt, dass die wesentlichen Tendenzen des weltpolitischen Geschehens fassbar werden, wenn man den Systemkonflikt beschreibt, und dass andere Entwicklungen nur insofern ins Gewicht fallen, als sie sich mit ihm berührten. Wie jedoch eine übergreifende Geschichte des weltweiten Konfliktgeschehens aussehen könnte, die von einem breiten Geflecht von Bedingungsfaktoren ausginge und sich nicht auf einzelne Regionen oder Konflikte beschränkte, ist weniger deutlich geworden. Versucht man die Erkenntnisse des jüngsten Schubs an Studien zu systematisieren, so spricht viel dafür, dass neben und in Verbindung mit der weltumspannenden Rivalität der Supermächte zumindest vier weitere Konfliktlogiken und Prägekräfte zu berücksichtigen wären. Das Tableau, das auf diese Weise entsteht, vermag nicht alle internationalen Spannungsherde in jeder ihrer Verästelungen zu erklären, lässt sich jedoch auch nicht weiter reduzieren.

Zu diesen Konfliktlogiken gehört erstens der antikoloniale und »anti-imperialistische« Kampf, den militante Bewegungen des globalen Südens für die nationale Unabhängigkeit ihres Landes führten. Das früheste Beispiel dafür, dass dieser Kampf die Rahmenbedingungen internationaler Konflikte substanziell mitbestimmen konnte, lieferten wohl die Vietminh. Sie stellten die Franzosen im Ende 1946 beginnenden ersten Indochinakrieg nicht allein durch ihre hartnäckige Guerillataktik vor große Schwierigkeiten. Darüber hinaus waren sie sich von Anfang an bewusst, dass ihr Unabhängigkeitskrieg von der internationalen Konstellation abhängen würde.¹³ Daher bemühten sie sich erfolgreich darum, von antikolonialen und nationalistischen Kräften im südostasiatischen Raum teils offizielle, teils klandestine Unterstützung zu erhalten. Wichtiger noch erschien den Vietminh zunächst, um die politische und wirtschaftliche Hilfe der Truman-Regierung zu werben, wofür sie die Demokratische Republik Vietnam als ideologisch gemäßigt darstellten. Nachdem dies nicht verfiel, schrieben die vietnamesischen Kommunisten ihren antikolonialen Kampf gegen Frankreich resolut in den »Kalten Krieg« ein. Damit verfolgten sie nicht nur den taktischen Zweck, die Sowjetunion und China in den Krieg zu involvieren, was 1950 gelang. Teile der Partei verstanden sich darüber hinaus als Speerspitze der Weltrevolution in Indochina und waren insbesondere gewillt, ihre Vorstellungen nach Laos und Kambodscha zu tragen. Im Zuge dessen begrüßten sie ausdrücklich das amerikanische Engagement an der Seite der Franzosen, da sich ihr Befreiungskampf nunmehr ganz unmittelbar als Teil eines weltweiten kommunistischen Widerstands gegen das Hegemonialstreben der kapitalistischen Supermacht präsentieren ließ.

Nur kurze Zeit später wurde der algerische »Front de Libération Nationale« (FLN) zu einem viel bewunderten Beispiel für die antikoloniale Selbstbehauptung. Wie Matthew Connelly in einer inzwischen bereits klassischen Studie gezeigt hat, entwickelte die Organisation eine flexible, mehrsträngige Strategie, um den Algerienkrieg zu internationalisieren, womit sie die französische Kolonialmacht unter erheblichen Zugzwang setzte.¹⁴ Zweifellos gewannen nicht viele Unabhängigkeitsbewegungen eine derartige internationale Schlagkraft wie die vietnamesische und die algerische. Das belegt die Diplomatie der indonesischen Nationalisten im Konflikt mit den Niederlanden, die weltweit geringere Wel-

13 Vgl. *Christopher E. Goscha*, Choosing between the Two Vietnams. 1950 and Southeast Asian Shifts in the International System, in: *ders./Christian F. Ostermann* (Hrsg.), Connecting Histories. Decolonization and the Cold War in Southeast Asia, 1945–1962, Washington/Stanford 2009, S. 207–238.

14 Vgl. *Matthew Connelly*, A Diplomatic Revolution. Algeria's Fight for Independence and the Origins of the Post-Cold War Era, Oxford/New York etc. 2002.

len schlug.¹⁵ Manches bleibt hier freilich zu erforschen. Die Widerstandsgruppen im südlichen Afrika wie auch die antikolonialen Bewegungen in den portugiesischen Kolonien dürften die Erfolge der Vietminh und des FLN sorgfältig studiert haben. Dass dies auch für die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) galt, hat jüngst Paul Chamberlin nachgewiesen.¹⁶ Unter dem Einfluss Jassir Arafats präsentierte sich die Palästinensische Befreiungsorganisation als globaler Vorreiter des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus und für die nationale Befreiung und sozioökonomische Emanzipation der ›Dritten Welt‹. Dafür bezog sie Impulse aus dem chinesischen Bürgerkrieg, dem algerischen Unabhängigkeitskrieg, dem vietnamesischen Widerstand gegen die USA sowie aus der kubanischen Revolution. Auf diese Weise entstand ein Geflecht radikaler antikolonialer und antiimperialistischer Bezüge, das in diesen Jahren für zahlreiche nationalistische Bewegungen und Politiker des globalen Südens handlungsleitend wurde – ebenso wie für Teile der neuen Linken im Westen, die in diesen Jahren die ›Dritte Welt‹ als eine Art weltrevolutionäres Subjekt entdeckte.¹⁷

Konfliktdynamiken, die eine beträchtliche Tragweite gewinnen konnten, ergaben sich ferner, zweitens, aus dem Ringen um eine postkoloniale Ordnung sowohl im Inneren der neuen Staaten als auch im internationalen Raum. Diese Prozesse überschritten sich für geraume Zeit mit den antikolonialen Internationalisierungsbemühungen. Denn während das postkoloniale Zeitalter etwa für Indien schon 1947 anbrach, mussten die portugiesischen Kolonien noch beinahe dreißig Jahre darauf warten und in Südafrika war die Mehrheits-herrschaft sogar erst 1994 erreicht. Auch in der politischen Praxis ließ sich beides nicht immer scharf voneinander trennen. So führten die Nordvietnamesen in ihrem Selbstverständnis einen fortdauernden Kampf für nationale Selbstbefreiung, ob der Gegner nun Frankreich, USA oder später China hieß.

Gleichwohl brachte die postkoloniale Ära analytisch betrachtet eigenständige Triebkräfte des Konflikts hervor. Zu den wichtigsten zählten Bürgerkriege, zwischenstaatliche Antagonismen und das Streben nach außenpolitischer Selbstbehauptung. So kam es in einer Reihe unabhängig gewordener Staaten eher früher als später zu inneren Polarisierungen, welche dann Kristallisationspunkte internationaler Friktionen bildeten. Über deren Verlauf und Ergebnisse entschieden sie maßgeblich mit. Bereits die beiden asiatischen Vereinigungskriege in Korea und Vietnam bezeugten das Eigengewicht derartiger innerer Auseinandersetzungen. Anders als lange Zeit angenommen, beschloss der nordkoreanische Führer Kim Il Sung aus eigener Initiative, den Süden gewaltsam unter seine Herrschaft zu bringen.¹⁸ Erst dann holte er die Zustimmung Stalins und Maos ein, die er resolut davon zu überzeugen versuchte, das Risiko eines Angriffs sei gering. Schon seit der doppelten Staatsgründung in Korea 1948 hatten sich beide Seiten einer aggressiven Vereinigungsrhetorik befleißigt. Dem eigentlichen Koreakrieg gingen in beiden Landesteilen blutige Säuberungen voraus, und während des Kriegs verselbstständigte sich die Gewalt, die beide koreanischen Armeen gegen die Zivilbevölkerung des jeweils anderen Landesteils verübten. Der innerkoreanische Konflikt blieb somit die ganze Zeit über ein konstitutiver Teil

15 Vgl. *Frances Gouda*, *American Visions of the Netherlands East Indies/Indonesia. US Foreign Policy and Indonesian Nationalism, 1920–1949*, Amsterdam 2002; *Marc Frey*, *The Indonesian Revolution and the Fall of the Dutch Empire. Actors, Factors, and Strategies*, in: *ders./Ronald W. Pruessen/Tan Tai Yong* (Hrsg.), *The Transformation of Southeast Asia. International Perspectives on Decolonization*, London/New York 2003, S. 83–104.

16 Vgl. *Paul Thomas Chamberlin*, *The Global Offensive. The United States, the Palestine Liberation Organization, and the Making of the Post-Cold War Order*, Oxford/New York etc. 2012.

17 Vgl. *Christoph Kalter*, *Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich*, Frankfurt am Main/New York 2011.

18 Vgl. zusammenfassend *William Stueck*, *The Korean War*, in: *Leffler/Westad*, *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 1, S. 266–288.

des Geschehens. Was den an mehreren Fronten geführten innervietnamesischen Bürgerkrieg betrifft, so ist der beste Kenner der internen Diskussionen sogar so weit gegangen, in dem unbändigen Kriegswillen der Nordvietnamesen den wichtigsten Ursprung des Vietnamkriegs zu sehen.¹⁹

Im Kongo, in Nigeria und in Pakistan waren es Sezessionsversuche, die Bürgerkriege hervorriefen oder sich aus ihnen entwickelten, welche dann zum Nukleus internationaler Konflikte wurden.²⁰ Den Ausgangspunkt bildete, bei aller Unterschiedlichkeit der Ereignisse, die Konkurrenz verschiedener Gruppen um Macht und Ressourcen im neuen Staat, die sich durch regionale, ethnische oder religiöse Gegensätze zusätzlich auflud. Alle drei Krisen beschäftigten die Staatengemeinschaft und zogen die Weltöffentlichkeit in ihren Bann. Dabei hatten in der Regel sowohl die separatistischen Kräfte als auch die Zentralregierungen um internationale Hilfe ersucht. Im kongolesischen und nigerianischen Fall kam Belgien und Großbritannien eine tragende Rolle zu, die ihre Kolonialherrschaft jeweils erst kurz zuvor beendet hatten und vor allem den Zugang zu Rohstoffen wahren wollten. Doch positionierten sich auch zahlreiche andere Staaten Europas und der Regionen. In diesem Gewirr von Interessen mischten schließlich auch die Supermächte mit, ohne dabei allerdings einer uniformen Logik zu folgen. Die Kongokrise wurde zum blutigen Katalysator einer stärkeren Einmischung im subsaharischen Afrika. Während die Sowjetunion, allerdings eher zurückhaltend, den Anhängern Patrice Lumumbas Hilfe leistete, ging die Johnson-Regierung schließlich dazu über, Mobutu Sese Seko zu stützen, der die Ausläufer des lumumbistischen Widerstands zerschlug und eine brutale Alleinherrschaft etablierte. Der nigerianische Bürgerkrieg dagegen avancierte gar nicht zu einem Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion, da sich beide de facto auf die Seite der Zentralregierung stellten. In Bangladesch wiederum führten anfänglich nur die USA einen ›Kalten Krieg‹. Als die pakistanische Militärführung begann, die Eigenständigkeitsbestrebungen im Ostteil des Landes mit Gewalt zu ersticken, bemühte sich Leonid Breschnew zunächst um eine diplomatische Lösung. Die Nixon-Regierung hingegen ließ den Pakistanis bewusst freie Hand, um die Annäherung an China nicht zu gefährden, die sie als entscheidenden Schachzug in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion begriff.

Neben solchen Verwerfungen innerhalb von Staaten des globalen Südens bildeten sich mit der Unabhängigkeit in verschiedenen Regionen der Welt auch verbissene zwischenstaatliche Gegensätze heraus. Sie schufen einige der langlebigsten internationalen Krisenherde der zweiten Jahrhunderthälfte. Sowohl in Südasien als auch im Nahen Osten führten die Kontrahenten in den knapp drei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit mehrere Kriege gegeneinander. Im Verhältnis zwischen Indien und Pakistan kollidierten dabei unterschiedliche Staatsvorstellungen; diejenige einer islamisch geprägten Nation hier, diejenige einer pluralen, säkularen Ordnung dort. Hinzu traten der Gegensatz zwischen Militär-

19 Vgl. *Pierre Asselin*, *Hanoi's Road to the Vietnam War, 1954–1965*, Chapel Hill 2012, S. 3, 167f. und 209f. Ferner *Lien-Hang T. Nguyen*, *Hanoi's War. An International History of the War for Peace in Vietnam*, Chapel Hill 2012; *Ang Cheng Guan*, *The Vietnam War from the Other Side. The Vietnamese Communists' Perspective*, London/New York 2002.

20 Vgl. zum Folgenden, zusätzlich zu der in Anm. 9 genannten Literatur *John J. Stremmler*, *The International Politics of the Nigerian Civil War, 1967–1970*, Princeton/Guildford 1977; *Maxim Matusevich*, *No Easy Row for a Russian Hoe. Ideology and Pragmatism in Soviet-Nigerian Relations, 1960–1991*, Trenton 2003; *John W. Young*, *The Labor Governments, 1964–1970*, Bd. 2: *International Policy*, Manchester/New York 2004, S. 193–217; *Toyin Falola/Matthew M. Heaton*, *A History of Nigeria*, Cambridge/New York etc. 2008, S. 158–181; *Sergej Masow*, *Die Sowjetunion und die Kongokrise 1960–1964*, in: *Greiner/Müller/Walter*, *Krisen im Kalten Krieg*, S. 274–296; *Michael Gould*, *The Struggle for Modern Nigeria. The Biafran War 1967–1970*, London/New York 2012; *Elizabeth Schmidt*, *Foreign Intervention in Africa. From the Cold War to the War on Terror*, Cambridge/New York etc. 2013, S. 57–78.

regierung und parlamentarischer Demokratie und, wichtiger noch, der Kampf um Kaschmir, das sich beide Seiten wegen seiner Ressourcen und seiner strategischen Lage einverleiben wollten.²¹ Die regionalen Machtkonflikte hatten oft Wurzeln, die bis in die Kolonialzeit zurückreichten, doch gewannen sie mit den Jahren ein immer stärkeres postkoloniales Eigenleben. In dem Maße, wie neue dramatische Konfrontationen und Gewalterfahrungen hinzutraten, die dann in den kollektiven Gedächtnissen fortlebten, schichteten sich diese Konflikte gleichsam auf. So wurden im Zuge der überstürzten Teilung des indischen Subkontinents 15 Millionen Menschen vertrieben und bis zu zwei Millionen getötet. Die massenhafte Gewalt bedeutete sowohl für die pakistanische als auch für die indische Seite eine geradezu traumatische Belastung mit weitreichenden innen- und außenpolitischen Folgen.²²

Auch die Regionalkonflikte verflochten sich mit dem Systemwettbewerb, wobei sich dieser wiederum uneinheitlich auswirkte. Im arabisch-israelischen Konflikt wurde die Rivalität der Supermächte im Grunde erst virulent, nachdem der Sechstagekrieg von 1967 für eine scharfe Konfrontation zwischen beiden gesorgt hatte.²³ Anfänglich hatten sowohl die USA als auch die Sowjetunion den neuen israelischen Staat anerkannt, wenngleich aus unterschiedlichen Motiven. Schon nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 verlor dann die Sowjetunion ihren wichtigsten Verbündeten, da der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat in das amerikanische Lager übertrat. Fortan konnte sie der amerikanischen Politik in der Region nur noch wenig entgegensetzen.²⁴ Somit war der ›Kalte Krieg‹ im Nahostkonflikt vergleichsweise früh beendet. Auch implodierte dieser nicht, als die kommunistische Herrschaft in Osteuropa unterging, sondern hat sich bis heute fortgesetzt. In Südasien ereignete sich die gefährlichste Eskalation sogar erst 2001/02, als Indien und Pakistan kurz vor einem Krieg standen, der nunmehr mit Nuklearwaffen hätte geführt werden können.

Neben inneren Gegensätzen und zwischenstaatlichen Spannungen vermochte schließlich auch das Bemühen einzelner Staaten des globalen Südens, die internationale Ordnung umzugestalten, Konflikte zu schüren. Zeitgenössisch und seither oft mit der Formel der »Bündnisfreiheit« beschrieben, galt das offensive Auftreten auf der weltpolitischen Bühne doch durchaus unterschiedlichen Projekten. Gamal Abdel Nasser – dessen Politik aus

21 Vgl. etwa *Sumit Ganguly*, *Conflict Unending. India-Pakistan Tensions since 1947*, New York/Washington 2001; *Amit Das Gupta*, *Südasien und der Wettbewerb der Supermächte 1954–1972*, in: *Greiner/Müller/Walter*, *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, S. 239–272; *David C. Engerman*, *South Asia and the Cold War*, in: *Robert J. McMahon* (Hrsg.), *The Cold War in the Third World*, Oxford/New York etc. 2013, S. 67–84; *Ian Talbot*, *A History of Modern South Asia*, New Haven/London 2016. Zum arabisch-israelischen Konflikt vgl. etwa *James L. Gelvin*, *The Israeli-Palestine Conflict. One Hundred Years of War*, Cambridge/New York 2007; *David W. Lesch*, *The Arab-Israeli Conflict. A History*, Oxford 2007.

22 Vgl. *Yasmin Khan*, *The Great Partition. The Making of India and Pakistan*, New Haven/London 2007; *Ian Talbot/Gurharpal Singh*, *The Partition of India*, Cambridge 2009.

23 Vgl. *Douglas Little*, *American Orientalism. The United States and the Middle East since 1945*, Chapel Hill 2002; *Peter L. Hahn*, *Caught in the Middle East. US Policy toward the Arab-Israeli Conflict, 1945–1961*, Chapel Hill 2004; *ders.*, *The Cold War and the Six Day War. US Policy towards the Arab-Israeli Crisis of June 1967*, in: *Nigel J. Ashton* (Hrsg.), *The Cold War in the Middle East. Regional Conflict and the Superpowers, 1967–73*, London/New York 2007, S. 16–34; *Salim Yaqub*, *Containing Arab Nationalism. The Eisenhower Doctrine and the Middle East*, Chapel Hill 2004; *Galia Golan*, *The Soviet Union and the Outbreak of the June 1967 Six-Day War*, in: *Journal of Cold War Studies* 8, 2006, S. 3–19; *Yaacov Ro'i/Boris Morozov* (Hrsg.), *The Soviet Union and the June 1967 Six Day War*, Washington/Stanford 2008; *Wiebke Bachmann*, *Die UdSSR und der Nahe Osten. Zionismus, ägyptischer Antikolonialismus und sowjetische Außenpolitik bis 1956*, München 2011; *Craig Daigle*, *The Limits of Détente. The United States, the Soviet Union, and the Arab-Israeli Conflict, 1969–1973*, New Haven/London 2012.

24 Vgl. *Salim Yaqub*, *The Cold War and the Middle East*, in: *Immerman/Goedde*, *The Oxford Handbook of the Cold War*, S. 246–264.

diesem Blickwinkel ebenso eine nähere Untersuchung lohnen würde wie diejenige Ahmed Sékou Tourés in Guinea oder Kwame Nkrumahs in Ghana – verfolgte die Vision einer pan-arabischen Einigung, deren Führer er sein würde.²⁵ Zugleich versuchte er, beide Supermächte einzuspannen, um seine Modernisierungsvorstellungen voranzutreiben. Auch Kuba zählte zu den Staaten, die den Anspruch erhoben, das internationale System entlang ihren politischen Zielvorstellungen zu formen. Dafür mischte sich das Regime Fidel Castros, ohne Anleitung und nicht selten zum Unmut Moskaus, auch außerhalb Lateinamerikas vielfach in Konflikte ein.²⁶ Auf diese Weise wollte es die Weltrevolution auf eigene Faust vorantreiben, außenpolitische Handlungsfähigkeit demonstrieren, aber auch Zugang zu Öl und Absatzmärkten für kubanischen Zucker gewinnen.

Dass solche Versuche postkolonialer Selbstaffirmation weitreichende Wirkungsketten auslösen konnten, verdeutlicht das dicht recherchierte und lesenswerte Buch, das der amerikanische Historiker Jeffrey James Byrne Algerien gewidmet hat, dem in diesem Zusammenhang eine besonders große Bedeutung zukam.²⁷ Nach der Unabhängigkeit verschrieb sich die algerische Regierung unter dem ersten Staatspräsidenten Ahmed Ben Bella dem Projekt, die internationalen Beziehungen nach den Interessen der ›Dritten Welt‹ neu auszurichten. Dafür knüpfte sie Kontakte zu seelenverwandten Regimes und Bewegungen in aller Welt, von Nassers Vereinigter Arabischer Republik über Mali, Ghana und Guinea bis hin zu Kuba und der Bewegung der Bündnisfreien. Das unabhängige Algerien wurde, so Byrne, zum »Mecca of Revolution«: Die algerische Regierung sah ihr Land als Avantgarde und wurde tatsächlich führend im Kampf antikolonialer Bewegungen und postkolonialer Staaten um politische Selbstbehauptung. Dafür unterstützte sie Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika durch Waffenlieferungen und militärische Ausbildung. Sie begünstigte oppositionelle Kräfte im Senegal, in Niger oder Kamerun ebenso wie neue »revolutionäre« Regierungen in Kongo-Brazzaville und Sansibar. Besondere Bedeutung gewann die Partnerschaft mit Kuba, die der Autor in weltanschaulich-habituellen Gemeinsamkeiten verankert sieht, in einer »instant mutual recognition and reciprocal identification« zwischen den führenden Politikern.²⁸ Dass sie mit ihrer Politik die Spannungen des ›Kalten Kriegs‹ verschärfte, nahm die algerische Regierung bewusst in Kauf, legte sie es doch darauf an, alle potenten Mächte zum eigenen Vorteil gegeneinander auszuspielen – die USA, Frankreich, die Sowjetunion und China.

In Byrnes Deutung kam die Phase des postkolonialen Optimismus zum Ende, als das algerische Militär 1965 Ben Bella vom Präsidentenamt absetzte und Houari Boumedienne an die Spitze des Staats trat. Dieser Schluss gehört nicht zu den überzeugendsten Passagen des Buches. Denn Algerien sollte ja in den 1970er-Jahren unter Boumedienne eine eher noch zugkräftigere Rolle im Kampf um die weltpolitische Emanzipation des globalen Südens spielen, der nunmehr unter dem Schlagwort der »Neuen Weltwirtschaftsordnung« geführt wurde. Von diesem Einwand abgesehen jedoch liefert das Buch eine äußerst erhellende Deutung von Algeriens internationaler Rolle vor wie nach der Unabhängigkeit, die viel zum Verständnis postkolonialer politischer Projekte beiträgt.

25 Vgl. etwa *James P. Jankowski*, *Nasser's Egypt, Arab Nationalism, and the United Arab Republic*, Boulder/London 2001; *Guy Laron*, *Origins of the Suez Crisis. Postwar Development Diplomacy and the Struggle over Third World Industrialization, 1945–1956*, Woodrow Wilson Center Press, Washington 2013, 280 S., geb., 55,00 \$.

26 Vgl. *Piero Gleijeses*, *Conflicting Missions. Havana, Washington, and Africa, 1959–1976*, Chapel Hill 2002; *Christine Hatzky*, *Kubaner in Angola. Süd-Süd-Kooperation und Bildungstransfer 1976–1991*, München 2012.

27 Vgl. *Jeffrey James Byrne*, *Mecca of Revolution. Algeria, Decolonization, and the Third World Order* (Oxford Studies in International History), Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2016, 408 S., geb., 48,49 £.

28 Ebd., S. 76.

Erwiesen sich die Verwerfungen, die aus der Dekolonisierung und der Suche nach einer postkolonialen Ordnung resultierten, als international folgenreich, so hatte eine dritte maßgebliche Konfliktlinie mit diesen Prozessen im Kern nichts zu tun. Dabei handelte es sich um den sowjetisch-chinesischen Konflikt, der eine erhebliche strukturbildende Wirkung auf die Weltpolitik entfaltete – anders als die Risse in der kommunistischen Front, die sich in den 1950er- und 1960er-Jahren in Europa und Ende der 1970er-Jahre in Südostasien auftaten. Der Konflikt leitete sich von einem ideologischen Gegensatz her, der sich auf die angemessenen Methoden der sozioökonomischen Entwicklung, die Bewertung des Stalinismus und die gebotene Kombativität im Angesicht des amerikanischen Imperialismus bezog.²⁹ Seine Schärfe gewann er daraus, dass es um die »Richtigkeit« der Weltanschauung ging, aber auch aus der machtpolitischen Aufladung. Beide Staaten rangen um die weltrevolutionäre Führerschaft im sozialistischen Lager. China stellte dabei die treibende Kraft des Bruchs dar, der spätestens 1963 für alle Welt sichtbar zutage trat. Einige Jahre zuvor war Mao zu der Überzeugung gelangt, dass sich der Nutzen der Partnerschaft erschöpft habe. Als sehr viel vorteilhafter erschien es ihm nun, die Frontstellung gegen die Sowjetunion zu instrumentalisieren, um die »revisionistischen« Gegner im eigenen Land an die Wand zu drängen.

Die neueren Forschungen haben deutlich gemacht, dass sich die Tragweite der Auseinandersetzung zwischen den kommunistischen Nachbarn kaum überschätzen lässt. Sie wurde zu einer zentralen Determinante der Außenpolitik beider Staaten und erweiterte in vielen Situationen die weltpolitische Konfliktarena. Der Vietnamkrieg geriet zu einem regelrechten Austragungsort der sowjetisch-chinesischen Feindschaft.³⁰ Gegen Ende der 1960er-Jahre war die Vietnampolitik beider kommunistischen Großmächte vorrangig darauf ausgerichtet, die jeweils andere nicht dominant werden zu lassen. Den chinesischen Machthabern erschien die Sowjetunion nach der Invasion in der Tschechoslowakei und dem Grenzkrieg am Ussuri wesentlich bedrohlicher als die USA. Dass die Demokratische Republik Vietnam auch sowjetische Hilfe annahm, ließ das chinesisch-vietnamesische Verhältnis daher auch nachhaltig abkühlen, sodass die Volksrepublik ihre Unterstützung zwischenzeitlich spürbar verringerte. Hier lag ein Keim des Ende der 1970er-Jahre ausbrechenden chinesisch-vietnamesischen Konflikts. Schließlich war der sowjetisch-chinesische Bruch auch eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass sich China seit Anfang der 1970er-Jahre den USA annäherte, bevor beide Seiten 1979 diplomatische Beziehungen aufnahmen.³¹ Dass sich hier ein bedeutsames *renversement des alliances* vollzog, sollte sich im folgenden Jahrzehnt erweisen. Denn nun agierte die Volksrepublik de facto als Verbündeter der Reagan-Regierung und unterstützte den vormaligen imperialistischen Feind in seinem erneuerten »Kalten Krieg« gegen die Sowjetunion.³²

29 Vgl. Lorenz M. Lüthi, *The Sino-Soviet Split. Cold War in the Communist World*, Princeton/Oxford 2008.

30 Vgl. Ilya V. Gaiduk, *The Vietnam War and Soviet-American Relations, 1964–1973: New Russian Evidence*, in: *Cold War International History Project Bulletin*, 1995/1996, Nr. 6/7, S. 232 und 250–258; Qiang Zhai, *China and the Vietnam Wars, 1950–1975*, Chapel Hill/London 2000; Chen Jian, *Mao's China and the Cold War*, Chapel Hill/London 2001, S. 205–237; Nicholas Khoo, *Collateral Damage. Sino-Soviet Rivalry and the Termination of the Sino-Vietnamese Alliance*, New York 2011.

31 Vgl. Rosemary Foot, *The Practice of Power. US Relations with China since 1949*, Oxford 1995; William C. Kirby/Robert S. Ross/Gong Li (Hrsg.), *Normalization of U.S.-China Relations. An International History*, Cambridge/London 2005; Betty Glad, *An Outsider in the White House. Jimmy Carter, His Advisors, and the Making of American Foreign Policy*, Ithaca/London 2009, S. 119–136.

32 Vgl. Odd Arne Westad, *Restless Empire. China and the World since 1750*, New York 2012, S. 365–404.

Eine andere, gewichtige Facette der Rivalität hat nun der amerikanische Historiker Jeremy Friedman näher ausgeleuchtet.³³ Denn in den 1960er- und 1970er-Jahren stellten die beiden kommunistischen Großmächte auch ihre Politik gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern zunehmend darauf ab, dem jeweiligen Nachbarn das Wasser abzugraben.³⁴ Friedman vermittelt ein begrüßenswert genaues Bild der Reichweite, die der chinesisch-sowjetische Konflikt im globalen Süden annahm. Seit Ende der 1950er-Jahre begann die Sowjetunion, Entwicklungshilfe für Großprojekte im subsaharischen Afrika bereitzustellen. Ihr Ziel bestand darin, die postkolonialen Staaten im Inneren nach dem sowjetischen Vorbild zu transformieren, doch blieb sie gleichzeitig im Sinne der »friedlichen Koexistenz« darauf bedacht, ihr Engagement nicht als aggressives Vorgehen gegen den Westen erscheinen zu lassen. China hingegen unterstützte, um die Sowjetunion auszustechen, den bewaffneten Befreiungskampf und postulierte nicht den Sozialismus, sondern die wirtschaftliche Autonomie als Ziel des Entwicklungsprozesses. Damit traf es zumal in Afrika auf viel Sympathie.

Dass sich die Sowjets in diesem Wettlauf auf die chinesischen Bedingungen einlassen und ihre ideologische Selbstdarstellung verschärfen mussten, um im postkolonialen Raum Gewinne verbuchen zu können, gehört zu einer ganzen Reihe plausibler Einordnungen, die Friedmans Buch leistet. In den 1960er-Jahren begannen die Sowjets ebenfalls, militante antikoloniale Bewegungen zu unterstützen. Im folgenden Jahrzehnt eiferten sie den Chinesen nach, indem sie denjenigen Staaten den Rücken stärkten, die eine »Neue Weltwirtschaftsordnung« forderten, und sich zur Einheit der »Dritten Welt« gegenüber den Industrieländern bekannten. In Friedmans Urteil zahlte sich jedoch keines dieser Manöver aus. Zwar liefen die Sowjets den Chinesen in manchen Ländern den Rang ab, so in Nassers Ägypten und in Nordvietnam, ohne dadurch aber entscheidende Kontrolle über die Verbündeten gewinnen zu können. Im subsaharischen Afrika blieb der Kommunismus schwach ausgeprägt. Zwar erkaufte Friedman die Konsistenz seiner Argumentation mit einigen Auslassungen. Die Perspektive der betroffenen postkolonialen Staaten bleibt gänzlich außen vor und auch die konkurrierende Entwicklungshilfe westlicher Staaten spielt im Buch keine Rolle. Nichtsdestoweniger vermag der Autor einen wichtigen Ausschnitt des internationalen Konfliktgeschehens in sich überzeugend zu vermessen.

Schließlich zeichnet sich in den jüngsten Forschungen ab, dass eine vierte wichtige Dimension in den Bemühungen (vor allem) nicht staatlicher Akteure bestand, internationale Konflikte einzudämmen oder ihre Folgen zu lindern. Bei den Organisationen und Bewegungen, die sich für diese Zwecke einsetzten, handelt es sich fraglos nicht um Konfliktparteien im engeren Sinn. Gleichwohl waren sie Mitspieler, die die internationale Wahrnehmung von Konflikten, die Bedingungen, unter denen sie stattfanden, und ihren Verlauf nicht unerheblich gestalteten. Das galt zumal seit Ende der 1960er-Jahre, als der zivilgesellschaftliche Internationalismus vor allem im Westen einen starken Aufschwung erlebte. Nicht staatliche Gruppen entwickelten eine ganze Bandbreite politischer Praktiken, mit denen sie internationale Auseinandersetzungen beeinflussten: Sie steuerten die öffentliche Aufmerksamkeit und arbeiteten daran mit, das Image von Konfliktparteien zu produzieren; sie übten Handlungsdruck auf (westliche) Regierungen und internationale Organisationen aus; sie bauten Informationsgrundlagen auf, um gewalttätige Regimes zur Rechenschaft zu ziehen; sie griffen mit verschiedenen Formen vor allem medizinischer Hilfe direkt in Konflikte ein; sie leisteten finanzielle Unterstützung für Gewaltopfer oder die Gegner repressiver Regierungen; und sie nahmen sich gravierender Folgeprobleme an, indem sie sich um Flüchtlinge oder Exilanten kümmerten.

33 Vgl. *Jeremy Friedman*, *Shadow Cold War. The Sino-Soviet Competition for the Third World*, University of North Carolina Press, Chapel Hill 2015, 304 S., geb., 35,00 \$.

34 Vgl. *Chen Jian*, *China, the Third World, and the Cold War*, in: *McMahon*, *The Cold War in the Third World*, S. 85–100.

Vieles davon spiegelte sich in dem bereits erwähnten nigerianischen Bürgerkrieg, der in westlichen Ländern eine gigantische Hilfsanstrengung auslöste. Diese galt der Hungersnot, die sich im abtrünnigen Biafra entwickelte.³⁵ Dass der Konflikt im Sommer 1968 zu einem weltweiten Medienereignis wurde, lag an der humanitären Aufladung. Eine stark mobilisierende Wirkung entfalteten dabei die Fotos verhungender Kinder, die in der westlichen Berichterstattung als eine entkontextualisierte Chiffre unschuldigen Leidens erschienen. Die biafranische Führung, die alle Hebel in Bewegung setzte, um den Bürgerkrieg zu internationalisieren, beförderte dies nach Kräften. Sie operierte auch bewusst mit dem Vorwurf des Genozids und mit Analogien zum Holocaust, die im Westen eine starke Resonanz fanden. Dort bildete sich in zahlreichen Ländern eine alles andere als homogene Hilfsbewegung heraus, die sich aus ad hoc ins Leben gerufenen Biafra-Komitees, politischen Parteien, den christlichen Kirchen und professionellen humanitären Organisationen wie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zusammensetzte. Die Aktivistinnen und Aktivisten organisierten Publizitätskampagnen, um auf die verzweifelte Lage Biafras hinzuweisen, und verbanden dies zum Teil mit einer scharfen Kritik an der vermeintlich moralisch unsensiblen westlichen Außenpolitik. Einige Gruppen gingen auch dazu über, die Sezession Biafras und damit das politische Projekt der Abtrünnigen zu unterstützen. Die Proteste hatten immerhin das Resultat, dass es die amerikanische und die britische Regierung für nötig hielten, sich nach außen hin um eine humanitäre Linie zu bemühen. Überdies wurden Tausende Tonnen Nahrung und Medikamente ins Land geflogen, Millionen Menschen mit Essen versorgt.³⁶ Die folgenden Jahre sollten weitere ausgedehnte humanitäre Kampagnen sehen, wie etwa in Bangladesch, zugunsten der vietnamesischen »Boat People« oder in Äthiopien.³⁷

Hatten manche Protestgruppen das Vorgehen der nigerianischen Zentralregierung als Verletzung der Menschenrechte der Biafraner denunziert, blieb diese Rhetorik gleichwohl randständig. Anders verhielt es sich im Fall der chilenischen Militärdiktatur, die nur wenige Jahre später in westlichen Ländern und darüber hinaus eine riesige Welle des zivilgesellschaftlichen Protests auslöste. Der Vorwurf der Menschenrechtsverletzung wurde nun zu einer symbolkräftigen Angriffslinie, derer sich nahezu alle Kritiker des Regimes bedienten.³⁸ Vielerorts führte der Putsch gegen den Präsidenten Salvador Allende überhaupt erst dazu, dass sich Aktivistinnen und Aktivisten um den Gedanken des transnationalen Menschenrechtsschutzes organisierten.³⁹ Als wichtig erwies sich darüber hinaus eine der frühen größeren Kampagnen von Amnesty International, das in den 1970er-Jahren überhaupt erst zu einer weltweit bekannten Organisation aufstieg.⁴⁰ Es gelang Amnesty,

35 Vgl. *Lasse Heerten*, Die Dystopie postkolonialer Katastrophen. Das Recht auf Selbstbestimmung, der biafranische Sezessionskrieg und die Menschenrechte, in: *Jan Eckel/Samuel Moyn* (Hrsg.), *Moral für die Welt? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren*, Göttingen 2012, S. 68–99; *Journal of Genocide Research* 16, 2014, Nr. 2–3.

36 In diesen Kontext fällt auch die Genese der Ärzte ohne Grenzen. Vgl. *Anne Vallaeys*, *Médecins Sans Frontières. La biographie*, Paris 2004; *Eleanor Davey*, *Idealism beyond Borders. The French Revolutionary Left and the Rise of Humanitarianism, 1954–1988*, Cambridge 2015, S. 19–49.

37 Vgl. *Frank Bösch*, Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer »Boat People« in der Bundesrepublik, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 14, 2017, S. 13–40.

38 Vgl. *Jan Eckel*, Allende's Shadow, Leftist Furor, and Human Rights: The Pinochet Dictatorship in International Politics, in: *Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris/Magaly Rodríguez García* (Hrsg.), *European Solidarity with Chile, 1970s–1980s*, Frankfurt am Main 2014, S. 67–92.

39 Vgl. *Patrick William Kelly*, *Sovereign Emergencies. Latin America and the Making of Global Human Rights Politics*, Diss., University of Chicago, 2016.

40 Vgl. zum Folgenden *Jan Eckel*, *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen 2014, S. 583–710.

die brutalen Verfolgungen des Pinochet-Regimes in zahlreichen Berichten, die zum Teil auf Nachforschungen vor Ort beruhten, dicht zu dokumentieren. Die chilenische Junta nahm die weltweiten Menschenrechtsproteste aufmerksam zur Kenntnis, wenngleich sie anfangs unsicher war, wie diese einzuordnen seien. Punktuell trugen sie dazu bei, dass die Generäle die internationale Situation Chiles als denkbar ungünstig einschätzten. Auch europäische Regierungen gaben dem öffentlichen Druck, Chile zu bestrafen, nach. Das lag allerdings auch daran, dass sie die politischen Forderungen für richtig hielten. In den Jahren einer regelrechten linken Hegemonie waren zahlreiche Regierungen sozialdemokratisch oder sozialistisch geführt. Sie betrachteten das Pinochet-Regime nach bewährtem Links-Rechts-Schema als den wohlbekannten faschistischen Gegner, der sein Haupt aufs Neue erhob. Dabei wurden sie in ihrer Sanktionspolitik jedoch von Menschenrechtsverfechtern nicht selten weiter getrieben, als ihnen lieb war.

Eine wichtige Kraft in den Protesten gegen das chilenische Militärregime stellten »Solidaritäts«-Gruppen dar, die häufig gemeinsam mit Menschenrechtsgruppen agierten, aber doch eine eigenständige politische Formation waren.⁴¹ An Solidaritätsbewegungen beteiligten sich religiös motivierte und kirchliche Akteure, parlamentarische und außerparlamentarische politische Gruppierungen, »Dritte-Welt«-Aktivistinnen und -Aktivisten sowie Intellektuelle und Akademiker. Unverkennbar war indes ein starker neulinker Einschlag; viele Beteiligte verfolgten ausdrücklich das politische Ziel, die »imperialistischen« USA mitsamt ihren »faschistischen« Handlangern in die Schranken zu weisen. Eine Solidaritätsbewegung begrenzten Umfangs hatte sich schon während des Algerienkriegs entwickelt, als die »Dritte Welt« zur Projektionsfläche revolutionärer Hoffnungen zu werden begann.⁴² Neben Chile spielte der Solidaritätsaktivismus auch in den Protesten gegen die südafrikanische Apartheid und den portugiesischen Kolonialismus eine Rolle. Einen weiteren Höhepunkt erlebte er schließlich Mitte der 1980er-Jahre im Engagement für Mittelamerika. In den USA bildete sich hier die zahlenmäßig größte Protestbewegung seit dem Vietnamkrieg heraus, deren Aktionsformen vom »Bezeugen« der Lebensverhältnisse in nicaraguanischen Dörfern über politische Informationskampagnen bis hin zur Blockade eines amerikanischen Munitionslagers reichten.⁴³ Auch in den anderen Fällen vermochten Solidaritätsbewegungen durch massenhafte Demonstrationen und symbolische Proteste Aufmerksamkeit zu erregen, unterstützten Exilierte und politisch Verfolgte in den betreffenden Ländern, versuchten mitunter aber auch, in die westlichen Gesellschaften ein Bewusstsein für die Kultur der Weltgegenden zu transportieren, für die sie sich einsetzten.

Führt man sich die weitreichenden politischen Dynamiken vor Augen, die vom antikolonialen Kampf um nationale Unabhängigkeit, der postkolonialen Ordnungssuche, der sowjetisch-chinesischen Rivalität und von transnationalen Hilfsversuchen ausgingen, so gewinnt die Vielschichtigkeit des internationalen Konfliktgeschehens in der zweiten Jahrhunderthälfte klare Konturen. Es bleibt allerdings die Frage, wo der historische Ort des »Kalten Kriegs« in diesem Geflecht ist, wenn dieser denn nicht mehr als alles überragender global-politischer Gegensatz begriffen werden kann. Die Einordnungen in der Forschung klaffen

41 Vgl. *Christiaens/Goddeeris/Rodríguez García*, *European Solidarity with Chile, 1970s–1980s*; sowie die Aufsätze in: *European Review of History* 21, 2014, H. 4, insb. *Christian Helm*, *Booming Solidarity. Sandinista Nicaragua and the West German Solidarity Movement in the 1980s*, in: ebd., S. 597–615.

42 Vgl. zur Bundesrepublik jetzt *Mathilde von Bülow*, *West Germany, Cold War Europe, and the Algerian War*, Cambridge 2016. Vgl. zuvor *Claus Leggewie*, *Kofferträger. Das Algerienprojekt der Linken im Adenauer-Deutschland*, Berlin 1984; *Thomas Scheffler*, *Die SPD und der Algerienkrieg (1954–1962)*, Berlin 1995.

43 Vgl. *Christian Smith*, *Resisting Reagan. The U. S. Central America Peace Movement*, Chicago/London 1996; *European Review of History* 21, 2014, H. 4.

derzeit denkbar weit auseinander. Viele Studien beschreiben die konflikthafte Prozesse, die sie untersuchen, im Anschluss an das einflussreiche Buch Odd Arne Westads als Teil eines »global Cold War« oder auch eines »regional Cold War«. ⁴⁴ Beide Formeln treffen sich in dem Gedanken, dass das Ringen der Supermächte auch über Europa hinaus viele Weltregionen in Mitleidenschaft zog, dabei aber durch die politischen Bedingungen vor Ort mitgeformt wurde. Dass die Absetzbewegung von der klassischen Perspektive des »Kalten Kriegs« am Begriff selbst festhält, ist paradox und terminologisch unpräzise. Die interpretatorische Stoßrichtung dieser Forschungen liegt ja darin, aufzuweisen, dass es sehr viel mehr und ganz anders geartetes Konfliktpotenzial als den Systemgegensatz gab. Dann scheint es allerdings wenig sinnvoll, die internationalen Beziehungen weiterhin mit dem »Kalten Krieg« zu identifizieren. Diese Unentschiedenheit reicht bis hin zu dem Kuriosum, dass neuere Handbücher zum »Kalten Krieg« mit der programmatischen Botschaft aufwarten, man solle keine Geschichte »des Kalten Kriegs« mehr schreiben. ⁴⁵

Das andere Ende des Spektrums besetzen Autoren, die den Systemkonflikt kurzerhand für nachrangig oder sogar bedeutungslos erklären. Sie führen ins Feld, dass andere Prozesse, vom frühen 21. Jahrhundert aus betrachtet, wirkmächtiger erscheinen: die Auflösung der Kolonialherrschaft, die »Globalisierung« oder transnationale Phänomene der *longue durée* wie Migrationen und Finanzströme. ⁴⁶ Damit, weltpolitische Prozesse gegeneinander auszuspielen, scheint interpretatorisch allerdings wenig gewonnen. Wenn es schon ein Ranking sein soll, das historiografische Ordnung stiftet, dann müsste man wenigstens wissen, wie sich die Bedeutung derart groß dimensionierter Entwicklungen überhaupt bemessen lässt.

Mehr spricht daher für die Mittelposition, den Systemwettbewerb als eine Konfliktlogik neben anderen innerhalb eines vielförmigen internationalen Geschehens zu betrachten, deren Gewicht situativ zu bestimmen bliebe. ⁴⁷ Einige systematische Zusammenhänge lassen sich darüber hinaus jedoch noch festhalten. Zunächst einmal haben die jüngeren Forschungen an einer Reihe historischer Kerneinsichten zum »Kalten Krieg« wenig geändert. Dass die Feindschaft zwischen den USA und der Sowjetunion das internationale System in vielen Phasen gefährlich destabilisierte, lässt sich ebenso schwer wegdiskutieren wie der Umstand, dass das nukleare Wettrüsten dem Systemwettbewerb eine bis heute einzigartige Qualität verlieh. Den nordatlantisch-europäischen Raum prägte diese Auseinandersetzung gleichsam bis in die Poren. Die Ausgaben für Technologie und Militär, aber auch für die sozialen Sicherungs- und Bildungssysteme stellten einen integralen Teil der Rivalität zwischen den beiden Lagern dar. Für die Hauptkontrahenten und ihre Verbündeten war der »Kalte Krieg« tatsächlich die nahezu totale Auseinandersetzung, als die ihn Historiker so oft beschrieben haben: Er wurde auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene ebenso geführt wie auf der gesellschaftlichen und kulturellen. Deshalb griff der Systemkonflikt auch so tief in die Innenpolitik und sogar in die alltäglichen Lebenswelten ein. Er schuf Misstrauen und Konformitätserwartungen, generierte ein radikales Sicherheitsdenken und rief nicht zuletzt tief sitzende Untergangängste hervor.

44 Vgl. *Odd Arne Westad*, *The Global Cold War. Third World Interventions and the Making of Our Times*, Cambridge/New York etc. 2005; *Lorenz Lüthi* (Hrsg.), *The Regional Cold Wars in Europe, East Asia, and the Middle East. Crucial Periods and Turning Points*, Washington/Stanford 2015.

45 Vgl. *Richard H. Immerman/Petra Goedde*, Introduction, in: *dies.*, *The Oxford Handbook of the Cold War*, S. 1–14. Vgl. auch *Matthew Connelly*, *The Cold War in the longue durée. Global Migration, Public Health, and Population Control*, in: *Leffler/Westad*, *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 3, S. 466–488.

46 Vgl. *Connelly*, *The Cold War in the long durée*; *Akira Iriye*, *Historicizing the Cold War*, in: *Immerman/Goedde*, *The Oxford Handbook of the Cold War*, S. 15–31.

47 Vgl. *Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter*, Einleitung, in: *dies.*, *Heiße Kriege im Kalten Krieg*, S. 7–15.

Überdies erschließt sich gerade im globalen Panorama, dass der Gegensatz zwischen den USA und der Sowjetunion während der knapp fünf Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg niemals wirklich überwunden wurde. Selbst in der Hochphase der Entspannungspolitik am Anfang der 1970er-Jahre setzte sich der Konflikt in der ›Dritten Welt‹ nur umso erbitterter fort – in Vietnam, Chile, dem Nahen Osten, Angola oder am Horn von Afrika.⁴⁸ Dies hatte auch damit zu tun, dass Politiker im globalen Süden den Systemkonflikt bewusst aufgriffen. Die Kalküle und Mechanismen, die dabei zum Tragen kamen, haben gerade die reichen Forschungen der letzten Jahre sehr anschaulich zutage gefördert. Solange der ›Kalte Krieg‹ bestand, war er für südliche Akteure eine Art Ressource, die sie für ihre eigenen Ziele nutzbar zu machen versuchten. Das war ein wichtiger Grund, warum sich der Systemwettbewerb mit den Konfliktodynamiken verband, die aus den Verwerfungen der Dekolonisierung und der postkolonialen Ära resultierten.

Bettet man den ›Kalten Krieg‹ in größere globalgeschichtliche Zusammenhänge ein, so verschiebt sich das historische Bild der internationalen Politik also nicht lediglich in eine Richtung. Der Stellenwert des Systemkonflikts verringert sich, seine Prägekraft erscheint uneinheitlich. Ebenso tritt jedoch umso deutlicher hervor, dass er sich als ein dichter Strang durch das weltpolitische Geschehen der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg hindurchzog. Will man das auf eine abstrakte Formel bringen, so ließe sich der ›Kalte Krieg‹ am ehesten als ein formbares Strukturprinzip begreifen. Bis zum Untergang des Kommunismus in Osteuropa setzte er immer wieder Rahmenbedingungen und übte weitreichenden Einfluss aus. Doch hatte er regional verschiedenartige Wirkungen, und zahlreiche Akteure waren aus ganz unterschiedlichen Gründen daran beteiligt, ihn voranzutreiben.

II. WELTVERÄNDERUNG IM SCHATTEN DER »GROSSEN« POLITIK: INTERNATIONALE KOOPERATION UND TRANSNATIONALE STEUERUNG

So gravierend die Belastungen waren, die aus Krisen und Konflikten erwachsen, erschöpfte sich die internationale Politik des Zeitraums doch nicht in ihnen. Eine große Bedeutung gewann daneben der trans- und internationale Umgang mit Problemen, die als potenziell weltweit oder jedenfalls im nationalen Rahmen nicht lösbar wahrgenommen wurden. Politische Initiativen, die solchen Problemen galten, entfalteten sich in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auf zahlreichen Feldern: auf demjenigen der Sicherheit, für das schon 1945 eine neue Weltorganisation gegründet wurde, aber auch in Fragen des Handels, der humanitären Versorgung, der Ernährung, der Gesundheit, der Bevölkerungsregulierung, der Arbeitsnormen oder des Völkerrechts. In diesen Bereichen entstand ein ganzer Kosmos politischer Entwürfe und Kampagnen und es entwickelten sich einflussreiche Formen der grenzübergreifenden Steuerung. Getragen wurden sie zumeist von weitgespannten Akteursnetzen. An diesen waren Regierungen ebenso beteiligt wie ein buntes Sortiment nicht staatlicher Gruppen – wissenschaftliche und technische Experten, internationale Beamte, verschiedenartige NGOs oder philanthropische Stiftungen.

In der internationalen Arena waren diese Steuerungsversuche weitaus weniger sichtbar als die dramatischen Spannungen der »großen« Politik. Sie besaßen selten oberste Regierungspriorität und sorgten nur ausnahmsweise für starke Ausschläge der internationalen Aufmerksamkeitskurve. Dabei war die Veränderungskraft, die von ihnen ausging, immens.

48 Vgl. zu Chile aus der neueren Literatur etwa *Jonathan Haslam, The Nixon Administration and the Death of Allende's Chile. A Case of Assisted Suicide*, London/New York 2005. Zum Jom-Kippur-Krieg vgl. *Oliver Werner, Das Krisenmanagement der Supermächte im Jom-Kippur-Krieg 1973*, in: *Greiner/Müller/Walter, Krisen im Kalten Krieg*, S. 446–476. Zu Angola vgl. *Westad, The Global Cold War*, S. 207–249.

Zahlreiche Projekte kamen groß zugeschnittenen sozialtechnologischen Interventionen gleich. Sie griffen tief in bestehende Gesellschaftsordnungen ein und gestalteten die Lebensbedingungen für Millionen von Menschen grundlegend um. Ein frühes Beispiel dafür liefert die lange Zeit wenig beachtete Aktivität der »United Nations Relief and Rehabilitation Administration« (UNRRA), die inzwischen in wichtigen Zügen erforscht ist.⁴⁹ Ende 1943 und damit noch vor der UNO gegründet, war sie mit der humanitären Hilfe in den kriegsverwüsteten Gebieten betraut. Über vierzig Staaten wirkten schließlich an der UNRRA mit, die überdies die Tätigkeit von Dutzenden humanitärer NGOs koordinierte. Das gesamte Unterfangen stand unter politischer und finanzieller Oberhoheit der USA, die sich als »Benevolent Empire« präsentieren wollten, um so ihren Aufstieg zur militärischen Supermacht abzufedern.⁵⁰ Die Feldoperationen der Organisation reichten bis zu den Schlachtfeldern Chinas, Koreas, der Philippinen und Äthiopiens. Doch strömte der allergrößte Teil der Ressourcen nach Europa, wo die UNRRA bis zum Sommer 1947, als ihre Arbeiten zu einem frühen Ende kamen, eine riesige Hilfsanstrengung unternahm. Vor allem trug die Organisation entscheidend dazu bei, Millionen von Geflohenen und *displaced persons* zu versorgen und zu repatriieren. Im Zuge dessen griffen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch in viele andere gesellschaftliche Bereiche regulierend ein. Indem sie sich um die Kindererziehung, die Gesundheit oder die Berufsausbildung von Flüchtlingen kümmerten, schufen sie proto-wohlfahrtsstaatliche Strukturen. Die Expertise der UNRRA lebte anschließend in anderen Organisationen weiter, wie der Weltgesundheits-, der Ernährungs- und Landwirtschafts- oder der Internationalen Flüchtlingsorganisation. Diese machten sich die materiellen Ressourcen und Verwaltungsstrukturen zunutze und Teile des Personals setzten hier ihre Karrieren fort.

Stand anfänglich das kriegszerstörte Europa im Zentrum der Versuche inter- und transnationaler Politikgestaltung, so richtete sich der Blick mit der beginnenden Dekolonisierung bald schon vorrangig auf den globalen Süden. Nachdem das größte materielle Nachkriegselend auf dem europäischen Kontinent vergleichsweise schnell überwunden war, verlagerten sich humanitäre Initiativen zunehmend nach Afrika und Asien. Die Hilfskampagnen für Biafra, Bangladesch oder Äthiopien gehörten lediglich zu den aufseherregendsten. Gleichzeitig avancierte nun der Gedanke, mit Nachhilfe von außen die »Entwicklung« der vermeintlich »rückständigen« Kolonien und postkolonialen Staaten herbeiführen zu können, zu einem weit ausstrahlenden Paradigma.⁵¹ In den 1950er- und 1960er-Jahren wurden

49 Vgl. das Sonderheft »Relief in the Aftermath of War« des *Journal of Contemporary History* 43, 2008, H. 3; *William I. Hitchcock*, *The Bitter Road to Freedom. A New History of the Liberation of Europe*, New York 2008, S. 215–280; *Jessica Reinisch*, *Internationalism in Relief: The Birth (and Death) of UNRRA*, in: *Past & Present*, 2011, Nr. 210, S. 258–289; *dies.*, »Auntie UNRRA« at the Crossroads, in: *Past & Present*, 2013, Nr. 218, S. 70–97; *Gerard Daniel Cohen*, *In War's Wake. Europe's Displaced Persons in the Postwar Order*, Oxford/New York etc. 2012, S. 58–78.

50 So der plausible Gedanke von *Stephen R. Porter*, *Benevolent Empire. U.S. Power, Humanitarianism, and the World's Dispossessed* (Pennsylvania Studies in Human Rights), University of Pennsylvania Press, Philadelphia 2017, 296 S., geb., 65,00 \$. Der Schwerpunkt des Buches liegt indes auf der innenpolitischen Dimension der amerikanischen Flüchtlingshilfe.

51 Vgl. einführend *Nick Cullather*, *Development? It's History*. Research Note, in: *Diplomatic History* 24, 2000, S. 641–653; *David Ekbladh*, *The Great American Mission. Modernization and the Construction of an American World Order* (America in the World), Princeton University Press, Princeton/Oxford 2011, 386 S., kart., 30,95 \$; *Frederick Cooper*, *Writing the History of Development*, in: *JMEH* 8, 2010 (Themenheft »Modernizing Missions. Approaches to »Developing« the Non-Western World after 1945«), S. 5–21; *Michael E. Latham*, *The Right Kind of Revolution. Modernization, Development, and U.S. Foreign Policy from the Cold War to the Present*, Cornell University Press, Ithaca/London 2011, 256 S., kart., 22,95 \$; *David C. Engerman*, *The Second World's Third World*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 12,

unzählige, oft groß angelegte Vorhaben initiiert, die den südlichen Ländern dabei helfen sollten, ihre wirtschaftliche Leistung und ihren Lebensstandard drastisch anzuheben. Zu diesem Zweck wurden Industrieanlagen, Staudämme und Bewässerungsanlagen gebaut, Städte saniert, Straßen und andere Infrastrukturen errichtet. Auch die Agrarsysteme sollten grundlegend umgestaltet werden. Die von der amerikanischen Regierung finanzierten und von amerikanischen Forschern entwickelten Programme der »Grünen Revolution« zielten darauf ab, die Nahrungsproduktion im globalen Süden durch den Anbau von Hochertragspflanzen und den Transfer der dazugehörigen Technologien wie Düngemittel nachdrücklich zu steigern.⁵² Andere ambitionierte Unternehmungen setzten beim Menschen selbst an: Mit Unterstützung westlicher Regierungen und Experten betrieben 1970 bereits 23 Länder des globalen Südens Programme der Geburtenkontrolle. Sie sollten verhindern, dass die Bevölkerungen »explodierten« und das wirtschaftliche Wachstum gefährdet würde, indem Armut und Hunger immer mehr um sich griffen.⁵³ Die Weltgesundheitsorganisation lancierte mehrere Kampagnen, mit denen bestimmte Epidemien »ausgerottet« werden sollten.⁵⁴ Dafür ließ sie Impfstoffe und Medikamente verabreichen, ergriff aber auch Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung und baute medizinische Infrastrukturen auf. Das größte Programm galt der Bekämpfung von Malaria, das auf seinem Höhepunkt Anfang der 1960er-Jahre in über 80 Ländern betrieben wurde.

Es hing mit der enormen Ausdehnung dieser Projekte zusammen, dass die Entwicklungspolitik zu dem vielleicht bedeutsamsten Terrain wurde, auf dem Länder des globalen Nordens und Südens interagierten. Die mächtigen Ströme von Wissen, Technologien, Beratern und Geld, die sich in die sogenannten Entwicklungsländer ergossen, schufen zahllose Berührungsfelder. Dabei durchzog eine unverkennbare Asymmetrie das globale Politikfeld. Staaten und zivilgesellschaftliche Organisationen aus Nordamerika und Europa machten andere Weltregionen durchweg zum Experimentierfeld ihrer politischen Visionen, während dies umgekehrt nicht der Fall war. Politiker und Berater nahmen in afrikanischen, asiatischen und auch lateinamerikanischen Ländern einschneidende transformative Eingriffe vor, um sozioökonomische Strukturen und Lebensweisen nach dem Vorbild ihrer eigenen Staaten zu schaffen. Damit verfolgten sie verschiedene Ziele, die nicht selten miteinander im Konflikt standen: anderen zu helfen, wirtschaftliche Profite zu erzielen, politischen Einfluss zu gewinnen, die internationale Ordnung zu stabilisieren oder sich außenpolitisch zu profilieren.⁵⁵ Oft ging es um die schiere Machbarkeit – nicht wenige internationale Beamte und Experten sahen sich als Geburtshelfer eines neuen Zeitalters der effektiven globalen Politiksteuerung. Kontinuitäten zur Kolonialpolitik waren dabei mit den Händen zu

2011, S. 183–211; *Marc Frey*, Entwicklungspolitik, in: *Dülffer/Loth*, Dimensionen internationaler Geschichte, S. 293–312. Als neueren Forschungsbericht vgl. *Joseph Morgan Hodge*, Writing the History of Development (Part 1: The First Wave), in: *Humanity* 6, 2015, S. 429–464; *ders.*, Writing the History of Development (Part 2: Longer, Deeper, Wider), in: *Humanity* 7, 2016, S. 125–174.

52 Vgl. *Nick Cullather*, *The Hungry World. America's Cold War Battle against Poverty in Asia*, Cambridge/London 2010.

53 Vgl. *Matthew Connelly*, *Fatal Misconception. The Struggle to Control World Population*, Cambridge/London 2008; *Marc Frey*, Neo-Malthusianism and Development: Shifting Interpretations of a Contested Paradigm, in: *Journal of Global History* 6, 2011, S. 75–97; *Alison Bashford*, *Global Population. History, Geopolitics, and Life on Earth*, New York 2014.

54 Vgl. dazu jetzt *Thomas Zimmer*, *Welt ohne Krankheit. Geschichte der internationalen Gesundheitspolitik 1940–1970*, Göttingen 2017. Vgl. ferner *Sunil S. Amrith*, *Decolonizing International Health. India and Southeast Asia, 1930–1965*, Basingstoke/New York 2006.

55 Vgl. als Fallstudie *Corinna R. Unger*, *Rourkela, ein ›Stahlwerk im Dschungel‹. Industrialisierung, Modernisierungen und Entwicklungshilfe im Kontext von Dekolonisation und Kaltem Krieg (1950–1970)*, in: *AfS* 48, 2008, S. 367–388.

greifen.⁵⁶ Es waren ganz überwiegend ehemalige Kolonialgebiete, die mithilfe eines vermeintlich überlegenen Wissens von außen verändert werden sollten, wobei die »Zivilisierungsmission« nunmehr vom Leitgedanken der »Modernisierung« abgelöst wurde. Darin lebten manche kolonialen Stereotype fort, wie der Gedanke, Gesellschaften des globalen Südens seien unfähig, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt selbst herbeizuführen. Davon war auch die Entwicklungshilfe der Sowjets nicht frei, obwohl derartige Auffassungen in ihrer Weltanschauung eigentlich keinen Platz hatten.⁵⁷ Ideologisch gab es jedoch auch einen wichtigen Unterschied zum Kolonialismus. Denn anders als der rassistische Unwandelbarkeitsglaube postulierte das Entwicklungsdenken, dass die postkolonialen Länder prinzipiell ein Teil der Moderne und somit den Industriestaaten gleich werden könnten.⁵⁸

So wichtig Staaten und Nichtregierungsorganisationen des globalen Nordens mithin für die transnationalen Politikformen wurden, hätten sich diese doch gegen den Willen postkolonialer Regierungen kaum in ähnlich großem Umfang durchsetzen lassen. Tatsächlich trafen sie im globalen Süden auf die vielfältige Bedürfnislage des *nation building*, welche die Entwicklungsprojekte entscheidend beförderte. Nahezu alle postkolonialen Staatsführer sahen das industrielle Wachstum und die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, aber auch die Verbesserung des Gesundheits- und des Bildungssystems und die Beseitigung von Armut als unverzichtbare Bausteine für den Aufbau moderner Nationalstaaten. Auf diesen Gebieten musste sich der postkoloniale Staat als leistungsfähig erweisen – um wahrhaftige politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit herbeizuführen, doch ebenso um der Regierung Legitimität zu verschaffen und damit ihr politisches Überleben zu sichern. Daher wurde das Eigeninteresse der Staaten der Südhalbkugel oftmals zu einer treibenden Kraft, ob es um Stahlwerke oder Impfstoffe, um Modelldörfer oder Wunderpflanzen ging.⁵⁹

Folglich tat sich ein vielgestaltiges Feld von Konzepten und Vorstellungen auf, und in der Umsetzung stellten sich zahlreiche politische Wechselwirkungen ein, die bis hin zur »Koproduktion« von Modernisierungsprojekten reichten.⁶⁰ Diesen Prozessen hat Corinna R. Unger eine geradezu mustergültige Studie gewidmet, in der sie die konzeptionelle Formulierung und praktische Durchführung der Entwicklungspolitik in Indien zwischen der Unabhängigkeit und den 1980er-Jahren untersucht.⁶¹ Das Buch bietet eine Reihe wichtiger Erkenntnisse, die helfen, die Gemengelage der internationalen Entwicklungspolitik besser zu durchschauen. So rückt die Autorin die Vielzahl theoretischer Konzeptionen auf-

56 Vgl. etwa *Joseph M. Hodge*, *Triumph of the Expert. Agrarian Doctrines of Development and the Legacies of British Colonialism*, Athens 2007; *Véronique Dimier*, *The Invention of a European Development Aid Bureaucracy. Recycling Empire*, Basingstoke/New York 2014.

57 Vgl. *Rossen Djagalov/Christine Evans*, Moskau, 1960: Wie man sich eine sowjetische Freundschaft mit der Dritten Welt vorstellte, in: *Andreas Hilger* (Hrsg.), *Die Sowjetunion und Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikommunismus im Kalten Krieg 1945–1991*, München 2009, S. 83–106.

58 Vgl. *Frederick Cooper*, *Modernizing Bureaucrats, Backward Africans, and the Development Concept*, in: *ders./Randall Packard* (Hrsg.), *International Development and the Social Sciences. Essays on the History and Politics of Knowledge*, Berkeley/Los Angeles etc. 1997, S. 64–92.

59 Zum Projekt der Wehrdörfer vgl. *Philip E. Catton*, *Counter-Insurgency and Nation Building: The Strategic Hamlet Programme in South Vietnam, 1961–1963*, in: *The International History Review* 21, 1999, S. 918–940; *Moritz Feichtinger/Stephan Malinowski*, »Eine Million Algerier lernen im 20. Jahrhundert zu leben«. Umsiedlungslager und Zwangsmodernisierung im Algerienkrieg 1954–1962, in: *JMEH* 8, 2010, S. 107–135.

60 Vgl. zum Gedanken der Koproduktion etwa *Maria Dörnemann*, *Seeing Population as a Problem. Influences of the Construction of Population Knowledge on Kenyan Politics (1940s to 1980s)*, in: *Heinrich Hartmann/Corinna R. Unger* (Hrsg.), *A World of Populations. Transnational Perspectives on Demography in the Twentieth Century*, New York/Oxford 2014, S. 201–221.

61 Vgl. *Corinna R. Unger*, *Entwicklungspfade in Indien. Eine internationale Geschichte 1947–1980*, Wallstein Verlag, Göttingen 2015, 319 S., geb., 34,90 €.

schlussreich in den Blick, die bei der Umgestaltung Indiens ins Spiel gebracht wurden. An einem westdeutschen Versuch, in Indien ländliche Genossenschaften aufzubauen, weist sie nach, dass nicht einmal die westliche intellektuelle Landschaft monolithisch von der Modernisierungstheorie à la Walt Whitman Rostow dominiert war. Darüber hinaus lässt die Studie die breiten Überschneidungszonen hervortreten, die sich zwischen den amerikanischen, westdeutschen und indischen Beteiligten im Interesse ergaben, das Land zu modernisieren. Gerade die indische Regierung war fest davon überzeugt, dass Industrialisierung, Urbanisierung sowie später auch die Begrenzung des Bevölkerungswachstums unabdingbar seien, und legte dabei ein dringendes Interesse an westlichem Sachverstand an den Tag. Schließlich entfaltet das Buch eine differenzierte Sicht auf den Wissenstransfer. Unger zeigt, dass die westlichen Protagonisten ihre Annahmen darüber, wie »Entwicklung« zu organisieren sei, aus den eigenen nationalen Erfahrungen ableiteten. Indem sie herausstellt, dass Politiker und Experten nicht immer ignorant über die Bedingungen im Land hinweggingen, sondern bisweilen ein Bewusstsein für kulturelle Unterschiede und unterschiedliche Entwicklungstempi offenbarten, setzt sie indes einen bemerkenswerten Kontrapunkt zu vielen anderen Arbeiten. Insofern läuft Ungers Analyse auch darauf zu, die Eigenlogik der konkreten Umsetzung vor Ort zu betonen: Was sich eben nicht vorhersehen ließ, war die Art, wie die betroffenen Menschen mit den Entwicklungsprojekten umgehen, ob sie ihnen Widerstand entgegensetzten und wie sie sie durch ihre Nutzung verändern würden.

Man hätte sich gewünscht, dass die Autorin Indien – das ja auch in anderen Bereichen eine Art großes Laboratorium für Modernisierungsprojekte darstellte – stärker im übergreifenden Zusammenhang der internationalen Entwicklungspolitik der zweiten Jahrhunderthälfte verortet hätte. Auch tritt in dem Buch etwas in den Hintergrund, wie die Wissenstransfers, die so scharfsinnig seziert werden, in breitere internationale politische Kontexte eingefasst waren. Den Systemkonflikt macht Unger immerhin als einen wichtigen Bezugspunkt sichtbar (wobei es arbeitspraktisch nachvollziehbar, aber im Sinne des Gesamtbilds trotzdem bedauerlich ist, dass die weitreichende sowjetische Entwicklungsarbeit im Land ausgespart bleibt). Eine geringere Rolle spielt dagegen die außenpolitische Positionierung Indiens in der Region und darüber hinaus.

Dabei erscheint die Einbindung in solche übergreifenden Logiken deshalb besonders bedeutsam, weil Staaten wie auch nicht staatliche Akteure entwicklungsbezogene Steuerungsversuche für ihre politischen Interessen und Rivalitäten funktionalisierten. Das verlieh dem Politikfeld eine weitreichende Dynamik. Tatsächlich lässt sich der Gedanke, es habe sich hier ein unpolitischer Raum eröffnet, in dem sich internationale Konfliktlinien transzendieren ließen, aufs Ganze betrachtet nicht bestätigen. In diese Richtung hatte Erez Manela in einer Skizze zum Pockenprogramm der Weltgesundheitsorganisation in den 1960er-Jahren gewiesen, das er als wichtiges Beispiel für eine Kooperation der Supermächte deutet.⁶² Sie habe gelingen können, weil sich die entscheidenden Verhandlungsprozesse auf einer mittleren Regierungsebene technokratischer Experten abgespielt hätten, die auf der Grundlage ähnlicher modernistischer Vorstellungen von »Entwicklung« argumentierten. Doch selbst wenn es Beispiele für eine Zusammenarbeit gegeben haben mag, die über die Lagergrenzen des »Kalten Kriegs« hinwegreichte, waren sie doch wohl eher punktuell. Dass die Lösung weltweiter Probleme »unpolitisch« sei, gehörte vor allem zur Selbstdarstellung vieler Experten und internationaler Beamter, sei es, dass sie wirklich daran glaubten, sei es, dass sie sich davon größere Handlungsspielräume erhofften. Für viele Regierungen waren solche Formen der inter- und transnationalen Steuerung ja gerade deshalb attraktiv, weil sie überzeugt waren, mit ihrer Hilfe ebenso subtil wie nachhaltig Einfluss nehmen zu können. Das machte die Entwicklungspolitik zu einem Austragungsort kon-

62 Vgl. Erez Manela, *A Pox on Your Narrative: Writing Disease Control into Cold War History*, in: *Diplomatic History* 34, 2010, S. 299–323.

kurrierender politischer und sozioökonomischer Zielvisionen. Eine noch stärkere Bedeutung als der sowjetisch-chinesische Wettbewerb, wie ihn Jeremy Friedman beschrieben hat, gewann dabei der Ost-West-Konflikt.⁶³ Die Supermächte und ihre Verbündeten setzten Geld, Wissen und materielle Hilfe dazu ein, postkoloniale Staaten von der Überlegenheit ihres Systems zu überzeugen oder dieses am besten gleich zu implantieren. Sie erhofften sich, dadurch neue Verbündete zu gewinnen oder zumindest dem Vordringen des Gegners einen Riegel vorzuschieben. Insofern spricht viel für die These Odd Arne Westads, dass sich der ›Kalte Krieg‹ in hohem Maße als Wettbewerb um unterschiedliche Versionen der Moderne vollzog und sich gerade darin der universelle Geltungsanspruch der Supermächte besonders stark manifestierte.⁶⁴

Einen tiefen Einblick in solche rivalisierenden Aufladungen transnationaler Politik vermittelt Timothy Nunans Buch »Humanitarian Invasion« an dem besonders wichtigen Beispiel Afghanistans.⁶⁵ Er untersucht die unterschiedlichen Staatsbildungsprojekte, die amerikanische, westdeutsche und vor allem sowjetische Entwicklungshelfer, lange Zeit gleichsam Seite an Seite arbeitend, sowie humanitäre NGOs aus Schweden und Frankreich im Land verfolgten. Nunans Grundgedanke, Afghanistan als einen Raum zu beschreiben, in dem die unterschiedlichen Visionen der Regierbarkeit und der Staatlichkeit, welche die Vielzahl ausländischer Experten und Helfer ins Land brachte, miteinander rangen, ist ausgesprochen erhellend. Durch die Lektüre muss man sich derweil mühsam hindurchfinden; der Autor schreibt oft hermetisch und der Text bordet nur so über von suggestiven, anspielungsreichen Formeln und räumlichen Metaphern.

Anders als Unger in ihrer Studie zu Indien zeichnet Nunan ein ganz und gar deprimierendes Bild der entwicklungspolitischen Arbeit in Afghanistan. Zwar griffen die Experten, mit schweren Folgen für die Bevölkerung des Landes, tief in die lokalen Strukturen ein, doch scheiterten ihre Projekte, gemessen an ihren Zielen, praktisch ausnahmslos. Die ausländischen Entwicklungshelfer schufen »islands of development, but without ever really building a state«. ⁶⁶ Das führt Nunan, mit einer weiteren originellen Perspektive, darauf zurück, dass die Amerikaner und Europäer unwandelbar von der Basis eines territorial geschlossenen Nationalstaats ausgegangen seien, der Afghanistan eben nicht war – nämlich ein von der Hauptstadt aus gelenktes, flächig verwaltetes Gebilde mit klaren Außengrenzen. Die humanitären Anstrengungen, die Ärzte ohne Grenzen oder das Schwedische Afghanistankomitee während der 1970er- und der 1980er-Jahre unternahmen, bezieht Nunan vorbehaltlos in seine negative Gesamtbilanz ein. Dabei bewegt er sich auf den Linien einer Verurteilung westlicher humanitärer Hilfe, die in der (westlichen) Politik und Wissenschaft verbreitet ist. Die humanitären Organisationen hätten der Viktimisierung postkolonialer Subjekte Vorschub geleistet, die sie als leidende Opfer der sowjetischen Besetzung erscheinen ließen statt als Helden des Guerillakampfes, und sie hätten nicht anders als Entwicklungsexperten die territoriale Souveränität Afghanistans ausgehöhlt.

63 Vgl. *Michael E. Latham*, *Modernization as Ideology. American Social Science and »Nation-Building« in the Kennedy Era*, Chapel Hill 2000; *Nils Gilman*, *Mandarins of the Future. Modernization Theory in Cold War America*, Baltimore 2003; *Ragna Boden*, *Die Grenzen der Weltmacht. Sowjetische Indonesienpolitik von Stalin bis Brežnev*, Stuttgart 2006; *Bradley R. Simpson*, *Economists with Guns. Authoritarian Development and U.S.-Indonesian Relations, 1960–1968*, Stanford 2008; *Hilger*, *Die Sowjetunion und Dritte Welt*.

64 Vgl. *Odd Arne Westad*, *The Cold War and the International History of the Twentieth Century*, in: *Leffler/ders.*, *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 1, S. 1–19.

65 Vgl. *Timothy Nunan*, *Humanitarian Invasion. Global Development in Cold War Afghanistan (Global and International History)*, Cambridge University Press, New York 2016, 332 S., geb., 99,99 \$.

66 Ebd., S. 48.

Dass Nunan Humanitarismus und Entwicklungspolitik eng aufeinander bezieht, ist ein gelungener konzeptioneller Zug. Interpretatorisch führt er sie aber ein wenig zu eng, wenn er den »territorialen Autoritarismus« der Sowjetunion einer »postterritorialen, transnationalen Moralität« der Humanitaristen gegenüberstellt. Denn die Entwicklungspolitik hatte einen viel weiter gehenden Veränderungsanspruch und konnte auf weitaus größere finanzielle und technologische Ressourcen zurückgreifen. Und auch die Richtung des Wandels, die der Autor nachzuzeichnen versucht, von einer territorialen Modernisierungspolitik hin zum postterritorialen Humanitarismus, lässt sich in einer globalen Sicht auf das 20. Jahrhundert wohl kaum so klar erkennen.

Im Einklang mit Nunans Bewertungen scheinen die Stimmen, die an der Arbeit westlicher Nichtregierungsorganisationen historische Kritik üben, zuletzt eher lauter geworden zu sein. Tatsächlich erlangten auf vielen Feldern vergleichsweise kleine Gruppen von Personen erhebliche Gestaltungsmacht. So war etwa ein schmales Expertennetzwerk, bestehend aus UN-Beamten, Demografen, Eugenikern, Frauenaktivistinnen und finanzkräftigen amerikanischen Stiftungen, verantwortlich dafür, dass das Thema der Bevölkerungskontrolle auf die internationale Agenda gelangte.⁶⁷ Später sollte dieses Netzwerk maßgeblich daran beteiligt sein, großflächige Programme der Bevölkerungskontrolle auszuarbeiten, Regierungen von ihrem Nutzen zu überzeugen und sie vor Ort durchzuführen. Dass derartige Interventionen nicht demokratisch legitimiert und keinen externen Kontrollen unterworfen waren, haben Historikerinnen und Historiker wiederholt betont.⁶⁸ Viele NGOs waren Teil intransparenter Entscheidungsprozesse, sodass ihr weitreichender Einfluss verborgen blieb. Von der hoffnungsfrohen Sicht, dass nicht regierungsgebundene Akteure als Sendboten einer besseren Weltordnung zu begreifen seien, die einer von egoistischen Machtinteressen getriebenen Realpolitik entgegenzuwirken versuchten, hat sich die Forschung entschieden entfernt.⁶⁹

Noch allgemeiner hat die Forschung die – oft nicht beabsichtigten – schädlichen Folgen der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe, bisweilen auch die Kehrseiten des Menschenrechtsaktivismus in ein helles Licht getaucht. In Indien etwa verschärfte die »Grüne Revolution« die Ungleichheit zwischen reichen und armen Bauern bis hin zu offenen Unruhen. Zudem traten schwere Umweltschäden auf: Die genetische Vielfalt der Pflanzen ging zurück, der Grundwasserspiegel stieg und die Natur wurde durch Pestizide und Herbizide belastet. Etwa gleichzeitig erreichte die Politik der Bevölkerungskontrolle im Land ihren repressiven Höhepunkt. Während des Ausnahmezustands, den Premierministerin Indira Gandhi verhängt hatte, wurden 1976/77 über acht Millionen Menschen mit einer Kombination von Zwang und Anreizen genötigt, sich sterilisieren zu lassen.⁷⁰

Zweifellos schlagen diese Folgen der Gesellschaftsintervention, die von internationalen Akteurskoalitionen befördert wurden, historisch stark zu Buche. Kaum herangewagt – so muss man es paradoxerweise wohl nennen – haben sich Historikerinnen und Historiker hingegen an die Frage, ob die entwicklungspolitische (wie auch die humanitäre) Steuerung positive Wirkungen gehabt haben könnte. In eine Bilanz des Jahrhunderts müsste man einberechnen, dass verheerende ansteckende Krankheiten verschwunden sind, sich

67 Vgl. *Marc Frey*, Experten, Stiftungen und Politik. Zur Genese des globalen Diskurses über Bevölkerung seit 1945, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 4, 2007, S. 137–159.

68 Vgl. *Matthew Connelly*, Seeing beyond the State: The Population Control Movement and the Problem of Sovereignty, in: *Past & Present*, 2006, Nr. 193, S. 197–233.

69 Diese Sicht bei *Akira Iriye*, *Global Community. The Role of International Organizations in the Making of the Contemporary World*, Berkeley/Los Angeles etc. 2002.

70 Vgl. *Matthew Connelly*, Population Control in India: Prologue to the Emergency Period, in: *Population and Development Review* 32, 2006, S. 629–667.

hygienische Standards verbesserten, der Umweltschutz bei aller Umstrittenheit als internationale Aufgabe postuliert worden ist und der Grad der Informiertheit über weltweite Menschenrechtsverletzungen erheblich zugenommen hat.⁷¹ Wie schwierig bisweilen – historisch wie auch moralisch – zu entscheiden ist, welche Modernisierungsmaßnahmen einen Akt illegitimer Auferlegung darstellten und welche vielleicht nicht, verdeutlicht die Begründung, mit welcher der indonesische Delegierte auf der Weltgesundheitsversammlung 1969 die Bedenken gegenüber der DDT-Belastung der Malariakampagnen zurückwies. Er machte geltend, dass »it might still be considered better in malarious countries to die of cancer in old age than of malaria in childhood«.⁷² Hier war es nicht die moderne Technologie, sondern die Kritik an ihr, die als kontraproduktive Einmischung erschien. Daran zeigt sich schließlich auch, dass in der Geschichtsschreibung zur inter- und transnationalen Steuerung eine große Lücke klafft, die sich forschungspraktisch wohl kaum schließen lässt, deshalb aber nicht weniger ins Gewicht fällt. Denn darüber, wie die Menschen vor Ort, die mit den Folgen entwicklungspolitischer Projekte konfrontiert waren oder denen humanitäre Hilfe zuteilwurde, ihre Situation bewerteten, wissen wir sehr wenig.

Dass es wohl am angemessensten ist, nicht staatliches Handeln im internationalen Raum als mehrdeutig und in seinen Wirkungen ambivalent zu begreifen, unterstreicht Stephen J. Macekuras Buch »Of Limits and Growth«.⁷³ Er untersucht die Wege, auf denen (überwiegend amerikanische) Experten und Aktivisten des Natur- und Umweltschutzes zwischen den späten 1950er- und den frühen 1990er-Jahren den Entwicklungsdiskurs beeinflussten. Frühe Naturschutzorganisationen wie der »World Wildlife Fund« sahen koloniale und postkoloniale Entwicklungsvorstellungen als Gefahr für eine verklärte »Wildnis«. Daher setzten sie sich dafür ein, dass Parks und Reservate erhalten blieben, die noch von den Kolonialverwaltungen angelegt worden waren. Nachdem sich das als wenig erfolgreich erwiesen hatte, suchte eine neue Generation von Aktivistinnen und Aktivisten seit den späten 1960er-Jahren die Politik westlicher Geld- und Kreditgeber zu beeinflussen. Sie übten nun Kritik an den entwicklungspolitischen Annahmen selbst, die vorher gar nicht zur Debatte gestanden hatten. Gleichzeitig forderten prominente Exponenten, Formen des Umweltschutzes zu finden, welche die legitimen Entwicklungsbedürfnisse der südlichen Staaten nicht beeinträchtigen würden. Das Konzept der »nachhaltigen Entwicklung« beschreibt Macekura als Produkt des Umdenkens der 1970er-Jahre. Es habe darauf abgezielt, die entwicklungspolitischen Projekte von vornherein auf ökologische Prinzipien wie die schonende Ressourcennutzung oder die Erhaltung genetischer Diversität zu gründen. Seit Anfang der Dekade in Expertenkreisen erdacht, setzte sich dieses Konzept bald, wenn auch nicht ohne Widerstände, durch. Um die Mitte der 1980er-Jahre dominierte es schließlich den Diskurs.

Auch Macekura legt seinen Finger darauf, dass NGOs, die nicht öffentlich legitimiert waren, eine machtvolle Rolle zuwuchs, welche bis zur Kontrolle über staatliche Institutionen reichen konnte. Gleichzeitig stellt er jedoch heraus, dass auf Initiative dieser Organisationen schon der Bewilligungsprozess von Entwicklungsprojekten an Umweltkriterien gebunden wurde. Somit mussten die Vertreter staatlicher Entwicklungsagenturen begin-

71 Vgl. *Sarah B. Snyder*, *Human Rights Activism and the End of the Cold War. A Transnational History of the Helsinki Network*, Cambridge/New York etc. 2011; *Frank Zelko*, *Make It a Green Peace! The Rise of Countercultural Environmentalism*, Oxford/New York etc. 2013; *Thomas Zimmer*, *In the Name of World Health and Development. The World Health Organization and Malaria Eradication in India, 1949–1970*, in: *Marc Frey/Sönke Kunkel/Corinna R. Unger* (Hrsg.), *International Organizations and Development, 1945–1990*, Basingstoke/New York 2014, S. 126–150.

72 Zit. nach: ebd., S. 141.

73 Vgl. *Stephen J. Macekura*, *Of Limits and Growth. The Rise of Global Sustainable Development in the Twentieth Century (Global and International History)*, Cambridge University Press, Cambridge/New York etc. 2015, 343 S., geb., 30,99 £.

nen, über den Schutz der Umwelt nachzudenken. Dass sich die ursprüngliche Zielvorstellung der »nachhaltigen Entwicklung« nicht verwirklichen ließ, schuldet sich Macekuras Einschätzung nach dem Unwillen westlicher Staaten, mehr Geld zu investieren, und dem Unwillen südlicher Länder, ihre Modernisierungspläne von Umweltauflagen beschränken zu lassen. Hier wirft die Studie ein interessantes Licht auf die Genese des Arguments, Umweltschutz sei ein Entwicklungshemmnis, das Länder des globalen Südens in der internationalen Debatte bis heute nachdrücklich vertreten. Macekura findet es bereits auf der ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972. Dass sich hier ein unauflösbarer Gegensatz anbahnte, sollte sich dann vollends auf dem sogenannten Erdgipfel, der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, erweisen, an den sich hohe Erwartungen banden. Dort entbrannten heftige Konflikte um Normen des Umweltschutzes, die die südlichen Staaten als Beeinträchtigung ihrer Souveränität ablehnten. Die Ergebnisse blieben folglich begrenzt.

In den letzten Jahren waren es gerade die Untersuchungen zur inter- und transnationalen Politikgestaltung, die das Wissen darum stark erweitert haben, welche Bedeutung nicht staatliche Akteure für die internationale Politik besaßen. Macekuras Studie ist hier stellvertretend, denn die Forschung hat dabei ein breit gefächertes Spektrum von NGOs beleuchtet, welche zeitgenössisch eher im Hintergrund operierten. Zwar waren die wenigsten in der politischen Arena unsichtbar, doch stellte es im Gesamtbild eine seltene Ausnahme dar, dass Nichtregierungsorganisationen eine derart ikonische Berühmtheit erlangten wie Amnesty International und Greenpeace, Human Rights Watch und Ärzte ohne Grenzen. Auch für diese Organisationen bedeutete indes die Expertise, über die sie verfügten, einen entscheidenden Teil ihres politischen Kapitals. Und so waren sich große und kleine, illustre und obskure NGOs in der Art, wie sie den internationalen politischen Prozess beeinflussten, letztlich doch recht ähnlich: Sie identifizierten Probleme und ersannen Lösungen, stellten der Politik neue Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung und veränderten damit die internationale Agenda. In dieser hintergründigen Steuerung, in der *soft power* (die durchweg hart erarbeitet war), kommt eine besondere Wirkmacht zum Vorschein, die sich NGOs in der zweiten Jahrhunderthälfte erwarben. Das unterschied sie von den großen internationalen Protestbewegungen wie der Antivietnamkriegs- oder der Friedensbewegung der 1980er-Jahre. Denn diese mobilisierten zwar Hunderttausende von Demonstranten, scheiterten jedoch mit ihren politischen Kernanliegen.⁷⁴ Wesentlich nachhaltiger waren dagegen die Veränderungen, die diese Bewegungen im politischen Bewusstsein nicht unbedeutlicher Teile der westlichen Gesellschaften bewirkten. Hier wiederum mögen sie eine größere transformative Kraft besessen haben als viele hochinstitutionalisierte Expertenorganisationen.

Bewiesen die Formen trans- und internationaler Steuerung eine umgestaltende Wirkung, ohne die sich der Gang des weltpolitischen Geschehens in der zweiten Jahrhunderthälfte kaum verstehen lässt, so führen sie schließlich auch tief hinein in die Geschichte des politischen Idealismus. Diese Dimension scheint in der Forschung bislang allerdings systematisch unterbelichtet. Die grenzübergreifende Politikgestaltung war voller weitreichender Zukunftsverheißungen und Hoffnungen auf Weltverbesserung. Im und nach dem Zweiten Weltkrieg waren diese häufig eher gedämpft. Viele Architekten des internationalen Men-

74 Vgl. *Charles DeBenedetti*, *An American Ordeal. The Antiwar Movement of the Vietnam Era*, Syracuse 1990; *Rhodri Jeffreys-Jones*, *Peace Now! American Society and the Ending of the Vietnam War*, New Haven 1999; *Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker* (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011; *Christoph Becker-Schaum/Philipp Gassert/Martin Klimke* u. a. (Hrsg.), *The Nuclear Crisis. The Arms Race, Cold War Anxiety, and the German Peace Movement of the 1980s*, New York/Oxford 2016.

schenrechtsschutzes oder der internationalen Strafgerichtsbarkeit, wie sie dann in Nürnberg und Tokio Gestalt annahm, hofften, weltweite Sicherheitsstrukturen errichten zu können, die Kriege in der Zukunft unwahrscheinlicher machen würden. Dabei waren sie sich der Schwierigkeiten allerdings wohl bewusst.⁷⁵ Stärker brach sich die Veränderungseuphorie im Entwicklungsdiskurs der 1950er- und 1960er-Jahre Bahn. Politiker und Experten glaubten, eine Welt ohne Hunger, Armut und Krankheit erschaffen zu können, mit wohllichen Städten und hilfreichen Technologien und mit einer Lebensqualität, von der die Vorfahren nur hatten träumen können. Diese Erwartungen waren das Produkt einer Zeit, in der die totalitären Projekte der Weltveränderung im Westen diskreditiert waren und sich das kommunistische Osteuropa (nicht allerdings China) de facto von ihnen abgewandt hatte. In dieser Situation lag hier, in der modernistischen Utopie, die zugkräftigste Vision einer besseren Zukunft, die aus menschlicher Kraft erbaut sein würde. Viele Unternehmungen der 1970er- und 1980er-Jahre nahmen diese überschießenden Ansprüche wieder zurück, hielten aber daran fest, die Erde zu einem besseren Ort zu machen. Dies sollte nun weniger mithilfe der sozialtechnologischen Umkrepelung ganzer Gesellschaften, sondern mehr im Kleinen geschehen. Humanitäre und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten wollten die Welt retten, indem sie diejenigen Menschen retteten, die sie erreichen konnten. Auch sie arbeiteten indes darauf hin, politische Strukturen zu prägen, die es ermöglichen würden, in Notfällen Leidenden überall auf der Erde sofort zu helfen.

In jedem Fall setzten solche politischen Wunschbilder, ob kühn ausgreifend oder in sich gebrochen, pulsierende Energien frei, die viele ihrer Exponenten überhaupt erst geneigt machten, Zwang in Kauf zu nehmen, anderen Ländern fremde Normen aufzuerlegen oder Formen der Hilfe anzuwenden, die die betroffenen Menschen entmächtigen konnten. Vieles an der Praxis globaler Steuerung wird von diesen idealistischen Dispositionen aus erklärbar. Experten und Aktivisten sahen sich imstande, Weltprobleme zu erkennen und die richtigen Antworten zu finden. Dass diese dann gleichsam ›von oben‹ durchgesetzt wurden, war nur konsequent angesichts des Glaubens, die politischen Rezepte seien letztlich auch zum Wohle derer, die sich dagegen sträubten. Historisch müsste man schlussfolgern, eben das war politische Weltverbesserung, wie sie durch grenzübergreifende Steuerung im 20. Jahrhundert erreicht werden sollte. In ihr gehörten hehre Intentionen und Oktroi wesensmäßig zusammen.

III. DIE 1970ER-JAHRE ALS UMBRUCHPHASE

In dem Maße, wie sich der ›Kalte Krieg‹ als Organisationsprinzip des historischen Denkens abschwächt, verschieben sich schließlich auch die Bezugspunkte für eine Periodisierung der internationalen Politik im 20. Jahrhundert. Je weiter sich der Systemkonflikt zeitlich entfernt, desto stärker mag er als ein bloßes weltpolitisches Durchgangsstadium erscheinen. Zudem haben die politischen Entwicklungen »jenseits« des Systemkonflikts, ob es sich um die Projekte von Akteuren des globalen Südens oder Versuche transnationaler Politikgestaltung handelt, ihren eigenen zeitlichen Verlauf. Ihre Entstehung führt oft hinter die Jahre des ›Kalten Kriegs‹ zurück, während sie gleichzeitig über sein Ende hinausweisen. Aus diesem Blickwinkel hat zuletzt eine Reihe von Historikerinnen und Historikern verstärkt die 1920er-Jahre fokussiert und diese von verschiedenen thematischen Ansatzpunkten aus als eine formative Phase mit langfristigen Ausstrahlungen gedeutet. Diese Jahre sind etwa als Beginn des Aufstiegs der USA zur einzigen globalen Hypermacht des

75 Vgl. zur Strafgerichtsbarkeit zusammenfassend *Annette Weinke*, Die Nürnberger Prozesse, München 2006; sowie ferner jetzt *Kim C. Priemel*, The Betrayal. The Nuremberg Trials and German Divergence, Oxford/New York etc. 2016.

20. und 21. Jahrhunderts, als Zeitraum wirkmächtiger Neuansätze im Bereich der transnationalen Steuerung und als weitreichende Vorbereitung, wenn auch noch nicht eigentlicher Beginn der Dekolonisierung interpretiert worden.⁷⁶

Mit Blick auf die zweite Jahrhunderthälfte hat sich die chronologische Neuvermessung, zum Teil aus sehr ähnlichen gedanklichen Impulsen heraus, auf die 1970er-Jahre konzentriert.⁷⁷ Das trifft mit einer allgemeineren Forschungskonjunktur zusammen, in der diese Dekade als Phase folgenreicher Umbrüche profiliert worden ist.⁷⁸ Auch in der internationalen Politik mangelte es nicht an Prozessen markanten Wandels, die zunehmend in den Blick der Forschung rücken. Viele konturierte Vorschläge dafür, wie sie sich interpretatorisch einordnen lassen, haben Historikerinnen und Historiker bislang noch nicht gemacht.⁷⁹ Gleichwohl sind zwei stärker synthetisierende Deutungsangebote zu erkennen, die eine Antwort auf die Frage geben, worin die historische Bedeutung der 1970er-Jahre bestanden haben könnte. Das eine lässt sich an der gewichtigen Studie ablesen, die Daniel J. Sargent zum Wandel der amerikanischen Außenpolitik vorgelegt hat.⁸⁰ In Sargents Diagnose veränderte das, was er mal als Globalisierung, mal mit dem zeitgenössischen Begriff als Interdependenz, mal als transnationale Fragen bezeichnet, die Bedingungen für die amerikanische Machtausübung in der Welt grundlegend. Die Politik der Regierungen unter Richard Nixon, Gerald Ford und Jimmy Carter interpretiert er als Abfolge von Reaktionen auf diese sich wandelnde Ausgangslage. Seine Analyse fällt sehr nuanciert aus und bringt die Schwierigkeiten der Strategiebildung wie auch die Übergänge in den Konzeptionen der verschiedenen Regierungen scharf zum Vorschein. Die Nixon-Regierung, so legt der Autor dar, folgte dem geopolitischen Kalkül des ›Kalten Kriegs‹, indem sie alles daran setzte, die amerikanische Machtposition zu stabilisieren, die sie seit einigen Jahren im Abschwung

76 Vgl. als Auswahl: *Adam Tooze*, *The Deluge. The Great War and the Remaking of Global Order, 1916–1931*, London 2014; *Patricia Clavin*, *Securing the World Economy. The Reinvention of the League of Nations, 1920–1946*, Oxford/New York etc. 2013; *Susan Pedersen*, *The Guardians. The League of Nations and the Crisis of Empire*, Oxford/New York etc. 2015; *Michael Goebel*, *Anti-Imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*, Cambridge/New York etc. 2015.

77 Als Vorschläge einer chronologischen Neudeutung der 1940er-Jahre, die ich hier ausspare, vgl. etwa *Mark Mazower*, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Berlin 2000 (zuerst engl. 1998), S. 267–357; *Martin Conway*, *Democracy in Postwar Western Europe: The Triumph of a Political Model*, in: *European History Quarterly* 32, 2002, S. 59–84; *Stefan-Ludwig Hoffmann/Sandrine Kott/Peter Romijn* u. a. (Hrsg.), *Seeking Peace in the Wake of War. Europe, 1943–1947*, Amsterdam 2015.

78 Vgl. *Konrad Jarausch* (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008; *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 2., erg. Aufl., Göttingen 2010; *Niall Ferguson/Charles S. Maier/Erez Manela* u. a. (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge/London 2010; *Samuel Moyn*, *The Last Utopia. Human Rights in History*, Cambridge/London 2010; *Sven Reichardt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010; *Daniel T. Rodgers*, *Age of Fracture*, Cambridge/London 2011; *Thomas Borstelmann*, *The 1970s. A New Global History from Civil Rights to Economic Inequality*, Princeton/Oxford 2012; *Sven Reichardt*, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014; *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael/Thomas Schlemmer* (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016.

79 In seiner Deutung eher diffus bleibt der Sammelband von *Poul Villaume/Rasmus Mariager/Helle Porsdam* (Hrsg.), *The ›Long 1970s‹. Human Rights, East-West Détente, and Transnational Relations*, Routledge, London/New York 2016, 314 S., geb., 110,00 £.

80 Vgl. *Daniel J. Sargent*, *A Superpower Transformed. The Remaking of American Foreign Relations in the 1970s*, Oxford University Press, Oxford/New York etc. 2015, 456 S., geb., 27,49 £.

begriffen sah. Daher schmiedete sie noch keine Pläne, den andrängenden Interdependenzproblemen zu begegnen. Nach Nixons Rücktritt erkannte Henry Kissinger, der die Außenpolitik nunmehr immer stärker an sich zog, dass die USA Konzessionen machen müssten, um ihre Politik auf die wachsenden weltweiten Verflechtungen einzustellen. Daher zeigte sich der Außenminister etwa in den Verhandlungen mit Staaten des globalen Südens über Nahrungshilfen und Rohstoffpreise konzilient. Seine Leitvorstellung blieb dabei jedoch die alte, nämlich die Nachkriegsordnung und die hegemoniale Position der USA in dieser aufrechtzuerhalten.

Der demokratische Präsident Carter entwickelte dagegen als Erster eine dezidierte »post-Cold War foreign policy«. In den Augen seiner Regierung mussten die USA Probleme wie Menschenrechtsverletzungen, die Weitergabe von Nukleartechnologie, das Gefälle zwischen Nord und Süd oder das Wachstum der Weltbevölkerung ins Zentrum ihrer Außenpolitik stellen und dafür auf internationale Kooperation setzen. Anders als viele Historiker vor ihm betrachtet Sargent Carters außenpolitische Konzeption somit – zu Recht – als in hohem Maße kohärent. Der Schwierigkeiten auf dem internationalen Parkett wurde die demokratische Regierung dennoch nicht Herr. Sowohl ihr Bemühen um eine gemeinsame Lösung für die wirtschaftlichen Probleme im Rahmen der G 7 als auch ihre energiepolitischen Vorstöße brachten keine dauerhaften Lösungen. Die Menschenrechtspolitik ließ sich nicht wie gewünscht umsetzen, sodass sie selektiv und inkonsistent wurde (womit Sargent eine gängige Deutung reproduziert, die jedoch zu modifizieren wäre). Außerdem konnte sich die Regierung dem »Kalten Krieg« nicht entziehen, der zum Schluss von Carters Amtszeit sogar wieder in hohem Maße die außenpolitische Ausrichtung diktierte. Das Bild einer außenpolitischen Suchbewegung, das Sargent insgesamt zeichnet, ist ausgesprochen überzeugend. Alle drei Regierungen entwickelten mehr oder weniger geschlossene strategische Konzeptionen, konnten den internationalen Wandel damit aber doch nur bedingt steuern.

Ein konzeptionelles Problem der Studie beeinträchtigt diese Befunde jedoch. Denn Sargent fragt nicht danach, inwiefern es *Wahrnehmungen* der Interdependenz waren, die das amerikanische Handeln beeinflussten. Stattdessen setzt er es als gegeben voraus, dass sich die Welt in den 1970er-Jahren immer stärker verflochten habe und die Außenpolitik dadurch unter Zugzwang geraten sei. Daher siedelt er die Entwicklungen in den verschiedenen Politikfeldern, die er betrachtet, auch tendenziell alle auf einer Ebene an – auf der Ebene von »Herausforderungen«, denen die USA hätten entgegentreten müssen. Es ist aber ein Unterschied, ob eine Regierung glaubt, sich um Ölpreiserhöhungen kümmern zu müssen, die unmittelbare wirtschaftliche Folgen für das Land zeitigen, oder um Menschenrechtsverletzungen in weit entfernten Regionen. Denn dahinter stehen sehr unterschiedliche Prozesse der Analyse internationaler Politik. Nicht zuletzt sollte sich an der Außenpolitik der Reagan-Regierung nur wenig später zeigen, dass die USA keineswegs auf Probleme der Interdependenz reagieren mussten. Gegenüber Sargents Deutung wäre zu akzentuieren, dass der republikanische Präsident den interdependentistischen Ansatz der Carter-Regierung bewusst über Bord werfen wollte und ihm dies in beträchtlichem Maße auch gelang. Somit bleibt der Versuch, die Umbrüche der 1970er-Jahre von der Globalisierung und den Reaktionen auf diese zu begreifen, in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend. Er erzeugt den Eindruck, es habe einen Metaprozess gegeben, von dem eine unausweichliche Kraft ausgegangen sei. Zudem geraten Entwicklungen in einen analytischen Zusammenhang, zwischen denen nicht unbedingt enge historische Verbindungen bestanden. Und schließlich fließen unter der Hand zeitgenössische Denkfiguren – solche des Interdependenzdiskurses der 1970er-Jahre wie offenbar auch des Globalisierungsdiskurses seit den 1990er-Jahren – in die Interpretation ein, die man ihrerseits historisieren müsste.⁸¹

81 Vgl. dazu demnächst Jan Eckel, »Alles hängt mit allem zusammen.« Zur Historisierung des Globalisierungsdiskurses der 1990er und 2000er Jahre, in: HZ, 2018 (in Vorbereitung).

Eine zweite synthetisierende Perspektive auf die Veränderungen der 1970er-Jahre ist zuletzt in mehreren Arbeiten angeklungen. Es handelt sich dabei um den Gedanken, in jener Zeit seien die Grundlagen unserer eigenen Gegenwart entstanden, der zuvor vor allem für die politökonomischen Ordnungsmuster westlicher Gesellschaften entwickelt worden war.⁸² Demzufolge bildeten sich in den 1970er-Jahren neue internationale Strukturen, Diskurse und Politikformen heraus, die sich letztlich bis heute als prägend erweisen. So hat Rüdiger Graf konstatiert, dass sich Fragen der Energieversorgung national und international überhaupt erst in jener Dekade zu einem eigenständigen Politikbereich entwickelten, flankiert von dem neuen Wissensfeld des »Petroknowledge«, das gleichzeitig Konturen gewann.⁸³ Ferner sind etwa die Reformen Deng Xiaopings als Ursprung von Chinas gegenwärtigem Regierungsmodell bestimmt worden, das politischen Autoritarismus mit marktwirtschaftlichen Wirtschaftsformen verbindet.⁸⁴ Die iranische Revolution und der islamisch grundierte Widerstand gegen die sowjetische Invasion Afghanistans schließlich erscheinen als Vorboten der Bedeutung, die der politische Islam in der gegenwärtigen internationalen Politik gewonnen hat. Bestimmt man auf diese Weise rückblickend die Ausgangspunkte für fortdauernde Problemkonstellationen, so tritt eine Reihe aufschlussreicher Verbindungslinien zwischen den 1970er-Jahren und der Gegenwart zutage. Darüber hinaus bleibt der Charakter der Umbruchperiode allerdings recht unbestimmt. Insbesondere liefert diese Perspektive keine Antwort auf die Fragen, welche allgemeineren Dynamiken den Verschiebungen zugrunde lagen und wie diese miteinander zusammenhingen.

Ein anderer Weg läge darin, bei den wichtigen strukturellen Veränderungsprozessen anzusetzen, die die Bedingungen internationaler Politik in der Zeit selbst veränderten. Dann erscheinen die 1970er-Jahre als ein Moment, in dem sich mehrere Wandlungsprozesse bündelten. Diese hatten aber unterschiedliche zeitliche Erstreckungen und wiesen auch nicht in eine einheitliche Entwicklungsrichtung. Vor allem vier prägende Prozesse lassen sich ausmachen.

Erstens setzten in den 1970er-Jahren eine wachsende weltwirtschaftliche Integration und eine nachhaltige Liberalisierung der Wirtschaftsordnung ein, wobei diese gleichzeitig stärker von dem Geschehen auf den internationalen Finanzmärkten abhängig wurde.⁸⁵ Ein

82 Vgl. *Doering-Manteuffel/Raphael*, Nach dem Boom.

83 Vgl. *Rüdiger Graf*, Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, De Gruyter Oldenbourg, Berlin/München etc. 2014, XII + 442 S., geb., 54,95 €. Vgl. auch *Elisabetta Bini/Giuliano Garavini/Federico Romero* (Hrsg.), *Oil Shock. The 1973 Crisis and Its Economic Legacy*, London/New York 2016.

84 Vgl. dazu und zum Folgenden *Frank Bösch*, Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 9, 2012, S. 8–32; *Christian Caryl*, *Strange Rebels. 1979 and the Birth of the 21st Century*, New York 2014. Vgl. auch *Agnes Bresselau von Bressendorf*, Die unterschätzte Herausforderung. Afghanistan 1979, das Krisenmanagement der NATO-Staaten und der Islam als Faktor der internationalen Beziehungen, in: *VfZ* 64, 2016, S. 665–699.

85 Vgl. zum Folgenden *Jeffrey A. Frieden*, *Global Capitalism. Its Fall and Rise in the Twentieth Century*, New York/London 2006; *Tim Schanetzky*, Von Keynes zu Friedman? Handlungsoptionen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren, in: *Morten Reitmayer/Ruth Rosenberger* (Hrsg.), *Unternehmen am Ende des »goldenen Zeitalters«*. Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive, Essen 2008, S. 149–168; *Niall Ferguson*, *Crisis, What Crisis? The 1970s and the Shock of the Global*, in: *ders./Maier/Manela*, *The Shock of the Global*, S. 1–21; *Giovanni Arrighi*, *World Economy and the Cold War, 1970–1990*, in: *Leffler/Westad*, *The Cambridge History of the Cold War*, Bd. 3, S. 23–44; *Ivan T. Berend*, *A Restructured Economy. From the Oil Crisis to the Financial Crisis, 1973–2009*, in: *Dan Stone* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Postwar European History*, Oxford/New York etc. 2012, S. 406–422; *Werner Plumpe*, »Ölkrise« und wirtschaftlicher Strukturwandel. Die bundesdeutsche Wirtschaft im Zeichen von Normalisierung und Globalisierung während der 1970er Jahre, in: *Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), *Deutsche Zeitgeschichte – transnational*, Göttingen 2015, S. 101–123.

wichtiger Ausgangspunkt dafür lag im Westen, wo eine Phase der Unsicherheit begann, in der sich neue wirtschaftstheoretische Modelle etablierten. Viele westliche Regierungen kehrten sich von der keynesianischen Orthodoxie ab und wandten sich monetaristischen Auffassungen zu. Damit verband sich, zumal in Großbritannien und den USA, eine Absage an staatlichen Interventionismus und ein Rückgriff auf den Markt als der vermeintlich effizientesten Form wirtschaftlicher Regulierung. Nun erhielten politische Rezepte Auftrieb, die darauf setzten, das Markthandeln zu deregulieren, den Warenaustausch von Hemmnissen zu befreien und staatliche Betriebe zu privatisieren. Dieser wirtschaftspolitische Umschwung war alles andere als geplant und einheitlich. Er vollzog sich als ein tentativer, in sich widersprüchlicher und nicht zuletzt stark kontextabhängiger Prozess.⁸⁶

Dass dadurch die internationalen Finanzmärkte zu expandieren begannen, stellte sich mittelfristig als folgenreich heraus. Dabei bewiesen zwei zeitgenössisch als schockartig empfundene Ereignisse ihre Wirkung: Der Übergang zu einem freien Wechselkurssystem seit 1971 schuf wichtige Voraussetzungen für die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, weil Regierungen und Zentralbanken nicht länger einen bestimmten Dollarkurs aufrechterhalten mussten. Gleichzeitig ließen die Folgen der »Ölkrise« die internationalen Finanzmärkte anwachsen. Denn die immensen Geldsummen, über welche die Ölförderländer infolge der gestiegenen Exportgewinne verfügten, suchten nun gleichsam nach Anlagemöglichkeiten. Zwischen 1974 und dem Londoner »Big Bang« von 1986 bauten dann die USA und Großbritannien die Kapitalverkehrskontrollen Schritt für Schritt ab; andere westliche Länder folgten zeitversetzt. Dadurch war der Weg für eine astronomische Zunahme internationaler Finanztransaktionen geebnet. Von alledem zeigten sich in den 1970er-Jahren allerdings erst schwache Ansätze. Der weltwirtschaftliche Wandel nahm in den 1980er-Jahren Fahrt auf, um sich im folgenden Jahrzehnt noch einmal rasant zu beschleunigen.

Die ökonomische Veränderungsdynamik des Jahrzehnts strahlte weit aus. Wie noch zu zeigen sein wird, trug sie dazu bei, dass das sowjetische Wirtschaftsmodell irreversibel ins Hintertreffen geriet. Ferner wurde die Verschuldung im globalen Süden dadurch befördert, dass westliche Regierungen und internationale Finanzinstitutionen Anlagemöglichkeiten für das Kapital der »Petrodollars« suchten. Die Politikmodelle wiederum, die westliche Regierungen und Experten empfahlen, um die »Schuldenkrise« der 1980er-Jahre zu überwinden, entsprangen der neuen radikal marktwirtschaftlichen, handelsliberalistischen Orthodoxie, die soeben Gestalt gewonnen hatte. Im Ergebnis öffneten die lateinamerikanischen Staaten ihre ökonomischen Systeme in hohem Maße zum Weltmarkt. Der wirtschaftliche Umschwung in China dagegen war in seiner Genese nicht mit diesen Prozessen verknüpft.⁸⁷ Deng Xiaoping und die Reformer in seinem Umkreis beschlossen ihn autonom (wenn sie auch westliche Expertise einholten) und trieben ihn nach ihrem eigenen Rhythmus voran. Allerdings verstärkten die Reformen in ihrem Effekt die wirtschaftliche Liberalisierung, die sich in anderen Weltregionen vollzog. Diese Synergie begann indes erst in den 1990er-Jahren, eine größere Tragweite zu gewinnen.

Im Ergebnis war die Weltwirtschaft sehr viel dichter integriert, wenn auch keineswegs im Wortsinne globalisiert. Die immense Zunahme des Außenhandels und der Auslands-

86 Vgl. *Monica Prasad*, *The Politics of Free Markets. The Rise of Neoliberal Economic Policies in Britain, France, Germany, and the United States*, Chicago/London 2006; *Daniel Stedman Jones*, *Masters of the Universe. Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics*, Princeton/Oxford 2010, S. 215–272; *Dominik Geppert*, *Der Thatcher-Konsens. Der Einsturz der britischen Nachkriegsordnung in den 1970er und 1980er Jahren*, in: *JMEH* 9, 2011, S. 170–194; *Angus Burgin*, *The Great Persuasion. Reinventing Free Markets since the Depression*, Cambridge/London 2012.

87 Vgl. *Odd Arne Westad*, *The Great Transformation: China in the Long 1970s*, in: *Ferguson/Maier/Manela*, *The Shock of the Global*, S. 65–79; *Ezra F. Vogel*, *Deng Xiaoping and the Transformation of China*, Cambridge/London 2011.

investitionen etwa erstreckte sich vor allem auf die USA, Westeuropa und Japan. Alle anderen Erdregionen waren prinzipiell Teil einer liberalen Weltökonomie geworden, doch wurden Lateinamerika und Afrika, gemessen an den Waren- und Investitionsströmen, von den weltwirtschaftlichen Interaktionen geradezu abgekoppelt. Die zunehmenden ökonomischen Verdichtungen riefen neue Steuerungsinstrumente hervor, wie etwa die G-6 beziehungsweise G-7-Gipfel, die ein neuartiges Forum internationaler Koordination bereitstellten.⁸⁸ Und sie erzeugten neue Probleme wie die weitverzweigten internationalen Börsen- und Banken Krisen. Diese kehrten am Ende der 1980er-Jahre, erstmals seit der Großen Depression, zurück und wurden nun zu einer periodisch auftretenden Erscheinung.

Der Systemkonflikt war in den 1970er-Jahren zwar beileibe nicht überwunden, wie sich an den im ersten Abschnitt erwähnten gewaltsamen Interventionen im globalen Süden offenbarte. Doch änderten sich die strukturellen Voraussetzungen, unter denen er geführt wurde – darin lag ein zweiter wichtiger Veränderungsprozess. Dieser betraf zum einen das ökonomische Gebiet. Die 1970er-Jahre markierten den Punkt, an dem das planwirtschaftliche Modell in eine letztlich unaufhaltsame Abwärtsspirale geriet. Die kommunistischen Staaten sahen sich ähnlichen Problemen gegenüber, die auch dem Westen zu schaffen machten: wachsenden Energiekosten, den Grenzen der fordistischen Großproduktion, steigenden Ansprüchen der Arbeiter und dem beschleunigten Wandel der Elektrotechnologien.⁸⁹ Doch versäumten sie es, Abhilfe zu schaffen, indem sie flexiblere Produktionsweisen eingeführt, die Arbeitsproduktivität erhöht, die Rohstoffnutzung effizienter gestaltet oder die Kapitalknappheit behoben hätten. Stattdessen hielten sie an dem überkommenen System fest, das auf zentrale Lenkung und die extensive Produktion mithilfe massenhafter Arbeit und hohem Energieverbrauch setzte. Zwar ist um den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion in den 1970er-Jahren und ihrem Untergang am Ende der folgenden Dekade eine kontroverse Debatte entbrannt.⁹⁰ Dass das Wirtschaftssystem erhebliche Funktionsschwächen aufwies, steht dabei jedoch ebenso außer Frage wie die Tatsache, dass diese in den 1970er-Jahren kein offenes gesellschaftliches Aufbegehren auslösten.

Zum anderen wandelten sich die Bedingungen des Systemwettbewerbs infolge der Entspannungspolitik. Das lag nicht an der bilateralen Détente, die spätestens Ende der 1970er-Jahre zum Erliegen kam.⁹¹ Als folgenreicher erwies sich der sogenannte KSZE-Prozess, der den Rahmen des ›Kalten Kriegs‹ zwar nicht entscheidend, aber merklich und dauerhaft veränderte.⁹² In der KSZE-Schlussakte bekannten sich 1975 auch die osteuropäischen

88 Vgl. *Enrico Böhm*, Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975–1981), München 2014.

89 Vgl. *Manfred Hildermeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 877–899; *Charles S. Maier*, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main 1999 (zuerst engl. 1997), S. 145–172; *Dietmar Neutatz*, Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, München 2013, S. 462–532.

90 Vgl. *Susanne Schattenberg*, Das Ende der Sowjetunion in der Historiographie, in: APuZ 61, 2011, H. 49–50, S. 9–15; *Jörg Baberowski*, Criticism as Crisis, or Why the Soviet Union Still Collapsed, in: JMEH 9, 2011, S. 148–164; *Manfred Hildermeier*, »Well Said Is Half a Lie.« Observations on Jörg Baberowski's »Criticism as Crisis, or Why the Soviet Union Still Collapsed«, in: JMEH 9, 2011, S. 289–297; *Stephan Merl*, The Soviet Economy in the 1970s. Reflections on the Relationship between Socialist Modernity, Crisis, and Administrative Command Economy, in: *Marie-Janine Calic/Dietmar Neutatz/Julia Obertreis* (Hrsg.), The Crisis of Socialist Modernity. The Soviet Union and Yugoslavia in the 1970s, Göttingen 2011, S. 28–65.

91 Zur Bedeutung der bilateralen Entspannung zwischen den Supermächten vgl. jetzt *Arvid Schors*, Doppelter Boden. Die SALT-Verhandlungen 1963–1979, Göttingen 2016.

92 Vgl. *Andreas Wenger/Vojtech Mastny/Christian Nuenlist* (Hrsg.), Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, London/New York 2008; *Oliver Bange/Gottfried*

Staaten zu freiheitlichen und menschenrechtlichen Normen des internationalen Zusammenlebens. Diese Vereinbarung stellte für Kritiker innerhalb und außerhalb Osteuropas künftig einen Referenzpunkt bereit, an dem sich die Realität des Lebens im Kommunismus messen – und desavouieren ließ. Für die Machthaber bedeutete dies eine Anfechtung ihrer politischen Legitimität, die nicht folgenlos blieb, selbst wenn es ihnen zumeist gelang, die Dissidentenbewegungen zum Schweigen zu bringen. Über die KSZE-Folgekonferenzen, die westliche Staaten zu einer Bühne machten, um die Menschenrechtsverletzungen der osteuropäischen Diktaturen anzuklagen, blieb der Grundkonflikt präsent. Die Wiener Folgekonferenz der Jahre 1986 bis 1989 bestätigte dies noch einmal. Sie setzte die Reformer um Michail Gorbatschow unter zusätzlichen Handlungsdruck, zumal in dem gelockerten Meinungsklima auch eine sowjetische Demokratiebewegung entstanden war, die sich ihrerseits auf die KSZE berief.⁹³

Mit alledem waren Vorbedingungen für den Untergang der Sowjetunion, waren Faktoren geschaffen, die den Zusammenbruch beförderten. Gleichwohl determinierten sie ihn nicht. Ausschlaggebend wurde die Reformpolitik Gorbatschows, dessen Wahl zum Generalsekretär nicht zwangsläufig war.⁹⁴ Gorbatschow überschritt mit seinem politischen (weniger mit dem wirtschaftlichen) Umbau die Schwelle zur Auflösung des Systems. Und er ließ, als diese Auflösung erkennbar wurde, dem Prozess seinen Lauf. In geringerem Maße zählt auch der außenpolitische Schwenk der USA zu den begünstigenden Faktoren. Die Reagan-Regierung löste sich rechtzeitig von dem kampfeslustigen Manichäismus des ›Kalten Kriegs‹, den sie anfangs neu belebt hatte, und ließ sich – gegen vehementen Widerstand aus den eigenen Reihen – auf die Verständigungsangebote des neuen Sowjetführers ein.⁹⁵

Die Ursprünge von Gorbatschows Reformdenken führen indes ebenfalls zurück in die politischen Umbrüche der späten 1960er- und 1970er-Jahre. Viele Männer aus dem Reformerkreis um den jungen Generalsekretär hatten in diesen Jahren in wissenschaftlichen Instituten und zum Teil auch im Außenministerium gearbeitet. In der ideologisch offeneren Atmosphäre der Breschnew-Jahre entwickelten sie dort die Grundlagen eines alternativen politischen Denkens.⁹⁶ Sie begannen, die Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems unvoreingenommener zu betrachten, verfolgten die Diskussionen um die »post-industrielle Gesellschaft« und erkannten die Bedeutung weltweiter Probleme wie Armut oder Umweltverschmutzung. Mitte der 1980er-Jahre an die Macht gelangt, hofften

Niedhart (Hrsg.), *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008; *Helmut Altrichter/Hermann Wentker* (Hrsg.), *Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990*, München 2011; *Matthias Peter/Hermann Wentker* (Hrsg.), *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012; *Anja Hanisch*, *Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung*, München 2012.

93 Vgl. *Yuliya von Saal*, *KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985–1991*, München 2014.

94 Vgl. *Stephen Kotkin*, *Armageddon Averted. The Soviet Collapse, 1970–2000*, Oxford/New York etc. 2001; *Archie Brown*, *Seven Years that Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford/New York etc. 2007.

95 Vgl. *Beth A. Fischer*, *The Reagan Reversal. Foreign Policy and the End of the Cold War*, Columbia/London 1997; *Sean Wilentz*, *The Age of Reagan. A History, 1974–2008*, New York 2008.

96 Vgl. *Robert D. English*, *Russia and the Idea of the West. Gorbachev, Intellectuals, and the End of the Cold War*, New York/Chichester 2000; *Marie-Pierre Rey*, *The Mejdunarodniki in the 1960s and First Half of the 1970s. Backgrounds, Connections, and the Agenda of Soviet International Elites*, in: *Wilfried Loth/Georges-Henri Soutou* (Hrsg.), *The Making of Détente. Eastern and Western Europe in the Cold War, 1965–75*, London/New York 2008, S. 51–66. Zur Breschnew-Ära vgl. *Boris Belge/Martin Deuerlein* (Hrsg.), *Goldenes Zeitalter der Stagnation? Perspektiven auf die sowjetische Ordnung der Brežnev-Ära*, Tübingen 2014.

sie, diese Ideen endlich in die Tat umsetzen zu können. Dabei leitete sie eine Interdependenzwahrnehmung, die derjenigen sehr ähnelte, die während der 1970er-Jahre in westlichen Ländern so wichtig geworden war – wo sie sich inzwischen wieder auf dem Rückzug befand.⁹⁷ Somit entsprangen in den 1970er-Jahren mehrere miteinander verbundene Prozesse, die die kommunistische Herrschaft in Osteuropa unterspülten.

Eine dritte großflächige Transformation vollzog sich im Bereich der inter- und transnationalen Steuerung. Hier setzte ein Abschied vom Modernisierungsparadigma ein, der von einem neuen Bewusstsein für den Menschen – seine Bedürfnisse und Leiden – und für die Umwelt begleitet war. Im Entwicklungsdiskurs erhob sich seit den späten 1960er-Jahren eine volltönende Kritik, in die westliche wie auch südliche Politiker und Experten, internationale Organisationen, Umweltgruppen, Sozialwissenschaftler und Frauenaktivistinnen einstimmten.⁹⁸ Die modernisierungsbezogenen Entwicklungsmodelle erschienen nun von ganz unterschiedlichen Ansatzpunkten aus als problematisch. Die sogenannten Geberländer waren oft unzufrieden mit den bisherigen Ergebnissen, da das Wachstum nicht schnell genug voranschritt oder die Programme zu kostspielig waren. Postkoloniale Regierungen sahen dies zum Teil ähnlich. Zudem bildete sich im globalen Süden aber eine stärker werdende intellektuelle Strömung heraus, die, angeregt durch die florierende Dependenztheorie, das westliche Entwicklungsdenken als solches zurückwies. Aus dieser Sicht waren nicht vermeintliche Entwicklungsrückstände das Problem, die sich durch beschleunigte Modernisierung aufholen ließen, sondern das »development of underdevelopment«: die sich systemisch verstetigende Abhängigkeit der »Entwicklungsländer« vom kapitalistischen Westen.⁹⁹ In westlichen wie auch in südlichen Expertenkreisen wiederum verfiel die gängige Entwicklungspolitik wegen ihrer repressiven Züge und schädlichen Nebenfolgen dem Verdikt. Sie legten ihre Finger auf die Kehrseiten, die technologische Großprojekte für die Natur, die menschliche Gesundheit oder die gesellschaftliche Stellung von Frauen bewiesen. Andere begannen dagegen eher an der Machbarkeit zu zweifeln, nachdem sie erkannt hatten, dass viele Probleme komplexer waren, als man zunächst vermutet hatte.

Wie bereits angedeutet, schoben sich neue Konzepte wie die nachhaltige Entwicklung, menschliche Grundbedürfnisse oder die Beseitigung von Ungleichheiten – zwischen den Geschlechtern, zwischen Landesregionen, zwischen Nord und Süd – in den Vordergrund. Ein ähnliches überwölbendes Entwicklungsmodell, wie es zuvor das Modernisierungsdenken gewesen war, kristallisierte sich dabei allerdings nicht heraus. Überdies bliebe genauer zu erforschen, inwieweit die Brüche in den Bewertungsmaßstäben dazu führten, dass die Entwicklungspolitik tatsächlich auch ihr praktisches Gesicht veränderte. Viele Programme liefen vermutlich weiter, Technologien spielten nach wie vor eine tragende Rolle. Die Politik der Bevölkerungskontrolle zeigte, dass die Veränderungen in vielfältige Richtungen wiesen. Der Regulierungsanspruch postkolonialer Staaten konnte noch umfassender werden, wenn diese statt auf Kontrazeptiva und Sterilisierungen nun darauf setzten, das Bevölkerungswachstum über die Erziehung, das Gesundheitswesen oder die Kontrolle von Migrationen einzudämmen.

97 Vgl. Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 25. Februar 1986, in: *Dietrich Busch* (Hrsg.), *Michail Gorbatschow. Die wichtigsten Reden*, Köln 1987, S. 25–162; *Michail Gorbatschow*, *Die UNO-Rede vom 7. Dezember 1988* sowie ein Beitrag aus der *Prawda* vom 27. September 1987, Freiburg im Breisgau 1989.

98 Vgl. zum Folgenden *Ekbladh*, *The Great American Mission*, S. 226–256; *Latham*, *The Right Kind of Revolution*, S. 157–185; *Frey*, *Neo-Malthusianism and Development*; *Unger*, *Entwicklungspfade in Indien*.

99 *André Gunder Frank*, *The Development of Underdevelopment*, in: *Charles K. Wilber* (Hrsg.), *The Political Economy of Development and Underdevelopment*, New York 1973 (zuerst 1966), S. 103–113.

In jedem Fall war der Aufschwung eines neuen Umweltbewusstseins kausal mit der Erosion des modernistischen Entwicklungsdenkens verknüpft. Die neue Sensibilität für Umweltgefährdungen speiste manche Stränge des entwicklungspolitischen Umdenkens und konnte sich umgekehrt an den kleineren und größeren Desastern der Modernisierungspolitik schärfen. Die Auswirkungen im internationalen Raum blieben einstweilen jedoch begrenzt. Nachdem eine Reihe von Ländern des globalen Nordens um 1970 Umweltbehörden oder -ministerien errichtet und den Umweltschutz damit zu einem distinkten nationalen Politikfeld gemacht hatte, gelangte dieser auch auf die internationale Agenda.¹⁰⁰ Das wichtigste Ereignis stellte die erwähnte UN-Konferenz zur menschlichen Umwelt dar, die 1972 in Stockholm stattfand. Sie verabschiedete, trotz heftiger Konflikte unter den teilnehmenden Staaten, eine Prinzipienklärung und Handlungsempfehlungen, die unverbindlich waren, aber Umweltpolitik symbolisch als ein globales Aktionsfeld etablierten. Zudem schufen die Teilnehmer mit dem zwei Jahre später inaugurierten UN-Umweltprogramm Ansätze zur institutionellen Verstetigung, die vor allem für die Datensammlung und das Monitoring nicht unerheblich waren. Auch andere Organisationen wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Europäische Gemeinschaft wandten sich nun der Thematik zu. Dessen ungeachtet traten Umweltfragen in der internationalen Politik rasch wieder in den Hintergrund. Ein neuer Bewusstseins-schub ereignete sich dann erst am Ende der 1980er-Jahre. Er stand bereits im Zeichen der Klimaproblematik, die sich nunmehr zum dominierenden Thema entwickelte. Und er brachte mit dem Protokoll von Montreal 1987 eine sehr wirksame Vereinbarung, die heute oft als ein Grund für die Erholung der Ozonschicht angeführt wird. Der bereits angesprochene, mit millenarischen Hoffnungen behaftete Weltgipfel in Rio 1992 wies dann allerdings auf den mühsamen und stockenden Verlauf voraus, den die internationale Umweltdiskussion bis heute genommen hat.

Dass sich in den 1970er-Jahren auch die Menschenrechtspolitik in der internationalen Arena zu verdichten begann, lässt sich nicht in derselben Weise aus dem Bröckeln des Modernisierungsparadigmas herleiten, hatte mit dieser Entwicklung aber doch manches gemeinsam.¹⁰¹ Denn staatliche und nicht staatliche Exponenten der Menschenrechtspolitik zumal in westlichen und osteuropäischen Ländern wie auch humanitäre Aktivistinnen und Aktivisten trafen sich mit den Kritikern technokratischer Machbarkeitsfantasien darin, umfassenden globalen Veränderungsvisionen und den Prämissen politischer Großsteuerung eine Absage zu erteilen.¹⁰² Stattdessen ging es ihnen darum, durch gezielte Hilfe spürbare, wenn auch begrenzte politische und alltägliche Verbesserungen zu erzielen. Zudem maßen Menschenrechtsverfechter, ob sie in Regierungen arbeiteten oder sich in zivilgesellschaftlichen Bewegungen engagierten, staatliches Handeln dezidiert nicht an Wachstumsziffern

100 Vgl. dazu jetzt *Wolfram Kaiser/Jan-Henrik Meyer* (Hrsg.), *International Organizations and Environmental Protection. Conservation and Globalization in the Twentieth Century*, New York/Oxford 2016. Vgl. ferner *Lynton Keith Caldwell*, *International Environmental Policy. From the Twentieth to the Twenty-First Century*, Durham/London 1996; *Kai F. Hünemörder*, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973)*, Stuttgart 2004; *Joachim Radkau*, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011; *Thorsten Schulz-Walden*, *Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969–1975)*, München 2013.

101 Vgl. allgemein *Moyn*, *The Last Utopia*; *Eckel/Moyn*, *Moral für die Welt?*; *William Michael Schmidli*, *The Fate of Freedom Elsewhere. Human Rights and U.S. Cold War Policy toward Argentina*, Ithaca/London 2013; *Eckel*, *Die Ambivalenz des Guten*, S. 343–802; *Mark Philip Bradley*, *The World Reimagined. Americans and Human Rights in the Twentieth Century*, Cambridge/New York etc. 2016.

102 Vgl. auch *Barbara J. Keys*, *Reclaiming American Virtue. The Human Rights Revolution of the 1970s*, Cambridge/London 2014, S. 75–102.

und Investitionsvolumina, sondern an seinen Folgen für die Menschen und ihre Lebensführung. Das war nicht weit entfernt von dem Gedanken der *basic human needs*, wenn der Fokus auch eher auf dem menschlichen Leiden lag. Schließlich verzeichnete die internationale Menschenrechtspolitik ähnlich wie die Umweltpolitik, bei allen Unterschieden zwischen den beiden Feldern, ab dem Ende der 1980er-Jahre einen kräftigen Aufschwung. Die Kampagnen gegen Chile und Südafrika mobilisierten Politik und Öffentlichkeit stärker als jemals zuvor und Amnesty International verschaffte mit riesigen Popkonzerttourneen dem Menschenrechtsbegriff weltweit eine ungekannte Breitenwirkung.

Der vierte bedeutsame Wandlungsprozess schließlich betraf das Verhältnis zwischen dem Westen und dem globalen Süden. Das geschah in einer Art doppeltem Umschwung, der den postkolonialen Staaten in den 1970er-Jahren zunächst einen immensen Auftrieb verlieh, bevor er die strukturellen Ungleichheiten zwischen den Weltregionen in der folgenden Dekade sogar noch zementierte.

Für die Einschätzung, dass die postkoloniale Welt in den 1970er-Jahren einen neuen Schub der internationalen Formierung erlebte, der ihre politischen Aspirationen stark beflügelte, liefert Jürgen Dinkels schnörkellose Studie zur Geschichte der Bündnisfreien eine wichtige empirische Grundlage.¹⁰³ Dinkel weist als erster Autor einleuchtend nach, dass sich von einer zusammenhängenden Bewegung erst seit den 1970er-Jahren sprechen lässt. Die Treffen der Bündnisfreien, die bereits 1961 und 1964 stattgefunden hatten, ordnet er als vereinzelte Ereignisse ein, die nicht als Auftakt eines dauerhaften Zusammenschlusses gedacht gewesen seien. Dass sich dies in der Folgezeit änderte, erklärt Dinkel damit, dass die Politik der *Détente* vielerorts die Befürchtung auslöste, die Supermächte arbeiteten an einer Art Aufteilung der Welt, die auf Kosten des globalen Südens gehen würde. Überdies hatte sich die wirtschaftliche Situation vieler südlicher Länder verschlechtert und ihr Unmut über die in Bretton Woods errichtete Wirtschaftsordnung, von der sie ausgeschlossen blieben, verschärft.

Institutionell charakterisiert Dinkel die Bewegung als eher loses Geflecht, das vor allem auf den medial sorgfältig inszenierten Gipfeltreffen Form gewann. Mit einigen Initiativen erwies sich der Zusammenschluss in den Augen des Autors als durchaus wirkungsvoll. So habe er zur diplomatischen Isolierung des verhassten Israel beigetragen und, im Rahmen der Forderung nach einer »Neuen Informationsordnung«, einen eigenen Nachrichtenpool geschaffen. Sowohl westliche Regierungen als auch die sowjetische Führung erachteten die Bewegung als Anzeichen einer ernst zu nehmenden Verschiebung der internationalen Kräfteverhältnisse. In den 1980er-Jahren jedoch schwanden die ohnehin schwachen Kohäsionskräfte. Die Konflikte zwischen den teilnehmenden Staaten mehrten sich, und es machte sich zunehmende Ernüchterung über die Durchschlagkraft breit, die in entscheidenden Fragen gering blieb.

Der ambitionierteste Versuch, den postkoloniale Staaten in den 1970er-Jahren unternahmen, um eine von den Bedürfnissen des globalen Südens geprägte Weltordnung zu schaffen, kristallisierte sich in dem Gedanken einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung«. Die Bewegung der Bündnisfreien war an ihm zentral beteiligt. Dabei handelte es sich um ein Bündel von Reformforderungen, mit dem die sogenannten Entwicklungsländer hofften, die weltwirtschaftlichen Strukturen dauerhaft zu ihren Gunsten zu verändern. Die Forschung hat diesen Komplex bis vor Kurzem kaum beachtet, obwohl er einen der zeitgenössisch am meisten diskutierten Vorstöße zur Veränderung internationaler *governance* darstellte.

Dass die südlichen Regierungen dieses Anliegen betrieben, war das Produkt einer besonderen und, wie sich zeigen sollte, nur kurz währenden historischen Situation. Innerhalb weniger Jahre trafen mehrere Entwicklungen zusammen, die das Selbstbewusstsein

103 Vgl. Jürgen Dinkel, Die Bewegung Bündnisfreier Staaten. Genese, Organisation und Politik (1927–1992), De Gruyter Oldenbourg, Berlin/München etc. 2015, X + 364 S., geb., 54,95 €.

von Staaten des globalen Südens stark beförderten. Das Ende der Goldbindung schien anzudeuten, dass die vermeintlich fest gefügten Strukturen der westlich dominierten Weltwirtschaft ins Wanken gerieten. Der amerikanische Rückzug aus Vietnam galt als Beleg für eine ungekannte Schwäche der westlichen Supermacht. Vor allem bedeutete das Ölembargo der OPEC-Staaten eine immense Ermutigung, gewannen doch Länder, die als unterentwickelt gegolten hatten, mit einem Schlag präzedenzlose Verhandlungsmacht. Nur kurze Zeit später brachte der Sturz der portugiesischen Diktatur ein weiteres jahrhundertaltes Kolonialreich zum Verschwinden. All dies ließ den Glauben wachsen, grundsätzliche Veränderungen der eingeschliffenen weltpolitischen Hierarchien seien möglich.

Eine Reihe interessanter Facetten der Debatte um die »Neue Weltwirtschaftsordnung« beleuchtet jetzt ein Themenheft der Zeitschrift »Humanity«.¹⁰⁴ Den Höhepunkt des postkolonialen Engagements stellte eine Sondersitzung der UN-Generalversammlung im Frühjahr 1974 dar – der algerische Präsident Boumedienne hatte sie bezeichnenderweise mitten in der »Ölkrise« gefordert –, auf der eine Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie eine Erklärung über die Errichtung einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung« verabschiedet wurden.¹⁰⁵ Diese stellte eine lange Liste konzeptionell kaum durchgeformter Forderungen dar, die darauf zielten, die Position, welche die Länder der Südhalbkugel innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems besaßen, nachhaltig zu verbessern. Dass diese Dokumente, nach harten verbalen Gefechten zwischen Staaten des Westens und des Südens, verabschiedet wurden, bedeutete für letztere einen bemerkenswerten symbolischen Erfolg. In materielle Veränderungen ließ er sich allerdings nicht übersetzen. Auch wenn etwa die Regierungen Schwedens und der Niederlande anerkannten, dass grundlegende Veränderungen nötig seien, legten die mächtigeren Industrieländer rigorosen Widerstand an den Tag. An die Spitze der Gegenbewegung stellte sich die amerikanische Regierung unter Ronald Reagan. Auf dem »Nord-Süd-Gipfel« in Mexiko 1981 sprach sie sich unmissverständlich gegen Veränderungen des Weltwirtschaftssystems aus und propagierte die Liberalisierung der Märkte als Schlüssel, um die ökonomischen Probleme zu überwinden.¹⁰⁶

Damit war der wichtigste Anlauf zu einer weltwirtschaftlichen Emanzipation des globalen Südens gescheitert. Das bedeutet auch, dass diese Episode nahelegt, die 1970er-Jahre nicht unumwunden als Vorgeschichte unserer Gegenwart zu begreifen. Nils Gilman interpretiert die energischen Forderungen nach einer Umstrukturierung der Weltwirtschaft sehr einleuchtend als eine Art alternative Zukunft der 1970er-Jahre: eine Entwicklungsmöglichkeit, die sich zeitgenössisch in den Augen ihrer Befürworter wie auch ihrer Gegner als durchaus realistisch darstellte, sich schließlich aber eben nicht verwirklichen ließ.¹⁰⁷ Somit betont er die fehlgeschlagenen Aufbrüche und allgemeiner noch die Momente der historischen Offenheit und der Kontingenz, welche allzu geradlinige Verbindungen zwischen jener Dekade und dem späten 20. und frühen 21. Jahrhundert als problematisch erscheinen lassen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist eine andere Deutung, die das Themenheft von »Humanity« nahelegt, wenig überzeugend. Mehrere Autorinnen und Autoren begreifen die Durchsetzung des »Neoliberalismus« als einen direkten Gegenschlag gegen die Forderung nach einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung«.¹⁰⁸ Dass es einen solchen reakti-

104 Vgl. Special Issue: Toward a History of the New International Economic Order, *Humanity* 6, 2015, H. 1, VII + 237 S., kart., 20,00 \$. Vgl. auch *Dinkel*, Die Bewegung Bündnisfreier Staaten, S. 219–225.

105 Vgl. *Giuliano Garavini*, From Boumediomics to Reagonomics: Algeria, OPEC, and the International Struggle for Economic Equality, in: *Humanity* 6, 2015, S. 79–92.

106 Vgl. *Patrick Sharma*, Between North and South: The World Bank and the New International Economic Order, in: ebd., S. 189–200.

107 *Nils Gilman*, The New International Economic Order: A Reintroduction, in: ebd., S. 1–16.

108 Vgl. *Vanessa Ogle*, State Rights against Private Capital: The »New International Economic Order« and the Struggle over Aid, Trade, and Foreign Investment, 1962–1981, in: *Humanity* 5,

ven Zusammenhang gab, erscheint aber sehr fraglich. Bei den »neoliberalen« Wirtschaftsformen handelte es sich um das Resultat eines stark fragmentierten, schrittweisen Prozesses der Neuorientierung und gerade nicht um ein großes Projekt, das dann in die Tat umgesetzt wurde – das mag allenfalls eine spätere Stilisierung gewesen sein.

In jedem Fall konterkarierten die Entwicklungen der 1980er-Jahre die Ambitionen des vorausgegangenen Jahrzehnts. Denn mit der 1982 offen zutage tretenden Schuldenkrise – die bisher erst ansatzweise in den Fokus der historischen Betrachtung gerückt ist – brach eine weitere Phase im Verhältnis zwischen globalem Norden und Süden an. Sie endete damit, dass sich die strukturellen ökonomischen Abhängigkeiten vieler postkolonialer Länder verschärften.

Die Probleme hatten sich seit den 1960er-Jahren angebahnt, als Staaten des globalen Südens immer mehr Kredite aufnahmen, um ihren Industrialisierungsprozess zu finanzieren.¹⁰⁹ In der internationalen Finanzwelt galt dies einmütig als erfolgversprechende Strategie. Da das erwartete Wirtschaftswachstum jedoch ausblieb, wurde es für viele Staaten immer schwieriger, die Kredite zurückzuzahlen. Infolge der Ölpreiserhöhungen der 1970er-Jahre wie auch durch die Wende in der amerikanischen Zinspolitik am Ende der Dekade nahm die Verschuldung immer größere Ausmaße an. Im Jahr 1981 liehen sich die lateinamerikanischen Länder, die von den Schwierigkeiten am stärksten betroffen waren, pro Woche eine Milliarde Dollar, allein um Schulden zurückzuzahlen. Das Rezept für die Krise waren Umschuldungsmaßnahmen, die wesentlich von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) formuliert und durchgesetzt wurden. Damit eigneten sich beide Institutionen neue Kompetenzen an; der IWF stieg überhaupt erst im Zuge dieser Krise zu dem maßgeblichen Akteur auf, als der er bis heute wahrgenommen wird.¹¹⁰ Die Umschuldungen knüpften sie, von der Reagan-Regierung befördert, an Programme der »strukturellen Anpassung« an. Dabei bildete sich ein Reformmodell heraus, das den verschuldeten Staaten vorgab, die Inflation zu bekämpfen, die Währungen abzuwerten, die Staatsausgaben drastisch zu kürzen, Staatsunternehmen zu privatisieren und günstige Bedingungen für in- und ausländisches Privatkapital zu schaffen. Diese Maßnahmen hatten in vielen Ländern scharfe rezessive Effekte. Die Arbeitslosigkeit erreichte Höchststände und die Armut nahm dramatisch zu. Für eine gewisse Entspannung sorgte der Plan des amerikanischen Finanzministers Nicholas Frederick Brady am Ende der 1980er-Jahre, dem zufolge Schulden in neue Finanzinstrumente umgewandelt wurden, um sie unter privaten Investoren handelbar zu machen. Heute gilt gerade dieses System als besonders krisenanfällig.¹¹¹

Nimmt man die vier beschriebenen Prozesse abschließend zusammen, so lässt sich nicht sagen, dass sich die internationale Nachkriegsordnung, wie sie sich bis Ende der 1940er-Jahre herausgebildet hatte, vollständig auflöste. Der »Kalte Krieg« bildete weiterhin eine prägende Rahmengröße und auf transnationalen Politikfeldern wirkten wichtige Annahmen und Steuerungsformen fort. Auch das »Ende von Bretton Woods« betraf ja ausschließlich das Wechselkursystem, während sich die beschleunigte weltwirtschaftliche Libera-

2014, S. 211–234; *Garavini*, From Boumediensomics to Reaganomics; *Johanna Bockman*, Socialist Globalization against Capitalist Neocolonialism: The Economic Ideas behind the New International Economic Order, in: *Humanity* 6, 2015, S. 109–128.

109 Vgl. *Jeffrey A. Frieden*, Debt, Development, and Democracy. Modern Political Economy and Latin America, 1965–1985, Princeton/Chichester 1991; *Robert Devlin*, Debt and Crisis in Latin America. The Supply Side of the Story, Princeton/Chichester 1993; *Walther L. Bernecker*, Port Harcourt, 10. November 1995. Aufbruch und Elend in der Dritten Welt, München 1997, S. 61–74; *ders./Horst Pietschmann/Hans Werner Tobler*, Eine kleine Geschichte Mexikos, Frankfurt am Main 2007, S. 332–365.

110 Vgl. *Julia Laura Rischbieter*, Risiken und Nebenwirkungen. Internationale Finanzstrategien in der Verschuldungskrise der 1980er Jahre, in: *GG* 41, 2015, S. 465–493.

111 Vgl. ebd.

lisierung im Rahmen des »General Agreement on Tariffs and Trade« (GATT) vollzog und die Weltbank und der IWF sogar eher noch wichtiger wurden. Die Nachkriegsordnung erfuhr aber eine bedeutsame Abwandlung. Einige Weichen für das Ende des Systemkonflikts wurden gestellt und es rückten globale Probleme in den Blick, die über ihn hinauswiesen. In der Weltwirtschaft und dem postkolonialen Bemühen um Selbstbehauptung reichten die Einschnitte sogar noch tiefer, denn es setzten Entwicklungen ein, die eine qualitativ neue historische Phase eröffneten. Diese Abwandlung lässt sich indes nicht auf die 1970er-Jahre beschränken, sondern umfasste zumindest noch die folgende Dekade.

IV. SCHLUSS

Damit wird schließlich auch erkennbar, dass für eine interpretatorische Einordnung der internationalen Politik im 20. Jahrhundert viel von der Erforschung der Zeit seit den 1990er-Jahren abhängen wird.¹¹² Sie steht in der Tat dringend an, und nicht nur aus dem selbstverständlichen Grund, dass die Zeitgeschichtsschreibung in dem Maße von Dekade zu Dekade voranschreiten sollte, wie es ihr forschungspraktisch möglich ist. Denn viele historische Urteile über die Bedeutung der Veränderungen, die sich in den 1970er- und 1980er-Jahren vollzogen, werden sich nur erhärten oder überhaupt erst treffen lassen, wenn die Entwicklungslinien untersucht sind, die über das Ende des »Kalten Kriegs« hinausführen. Grundlegender noch steht eine Reihe von Annahmen über die weltpolitische Situation der Jahre seit 1990 ausgesprochen oder unausgesprochen im Hintergrund des jüngsten Schubs an Forschungen und gibt vielfach die Blickrichtung in die Vergangenheit vor. Ob es um die Reichweite globaler *governance* und die »Globalisierung«, die weltwirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse, die Multipolarität der internationalen Ordnung oder auch um die singuläre Machtposition der USA in der Welt geht, sind es oftmals Erscheinungsformen der Politik seit dem Ende des Systemkonflikts, die als einflussreiche Fluchtpunkte des zeit-historischen Denkens fungieren. Doch sind sie eben Erscheinungsformen einer Phase, die bereits mehr als ein Vierteljahrhundert umspannt, und sollten daher ihrerseits aus historischem Blickwinkel analysiert werden.

Dessen ungeachtet haben die Forschungen der letzten gut 15 Jahre ein ebenso dichtes wie facettenreiches Bild der internationalen Politik im 20. Jahrhundert entstehen lassen. Sie haben Triebkräfte, Politikformen und Veränderungswirkungen scharf profiliert, die lange Zeit wenig Beachtung gefunden hatten. Interpretatorisch sind diese Studien dort am überzeugendsten, wo sie überkommene Deutungsmuster – etwa zur Bedeutung des Systemkonflikts oder staatlicher Akteure – nicht einfach unbekümmert über Bord werfen, sondern vor Augen führen, wie sie infolge neuer Erkenntnisse und Perspektiven zu modifizieren und bisweilen auch in ihrer Aussagekraft herabzustufen sind. Vieles bleibt zu erforschen, und da sich ein Ende des jüngst gewachsenen Forschungsinteresses derzeit nicht andeutet, lassen sich in näherer Zukunft weitere wichtige Aufschlüsse erwarten. Gerade wenn man den globalen Süden als maßgeblichen Raum der internationalen Politik betrachtet, bleiben, wie erwähnt, zahlreiche Konflikte, Projekte und Akteursgruppen zu beleuchten. Darüber hinaus scheint die Frage, welche Rolle Europa – und auch der europäischen Integration – in der Weltpolitik zukam, auf neue Weise bedeutsam zu werden, wenn man diese als ein stärker polyzentrisches Geschehen begreift. Für die Zeit nach den 1970er-

112 Vgl. zur Historiografie der jüngsten Zeit bisher *Andreas Wirsching*, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012; *Philipp Ther*, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014; *Heinrich August Winkler*, *Geschichte des Westens*, Bd. 4: *Die Zeit der Gegenwart*, München 2015; *Andreas Rödder*, 21.0. *Eine kurze Geschichte der Gegenwart*, München 2015.

Jahren sind empirisch fundierte Studien noch dünn gesät, sodass wegweisende Prozesse wie die Schuldenkrise, die Internationalisierung des Finanzgeschehens, die Welle demokratischer Transitionen oder das Ende des Systemwettbewerbs noch sehr viel genauer zu erschließen bleiben.

Jenseits solcher Forschungsfragen werden Historikerinnen und Historiker weiter darüber nachdenken müssen, ob und wie sich die Fülle neuer Einsichten, die sich mit den historiografischen Neuorientierungen der letzten Jahre verbinden, in ein übergreifendes Narrativ einfügen lässt. Es ist unverkennbar, dass die jüngsten Studien stärker darauf ausgerichtet sind, die Geschichte der internationalen Politik zu desaggregieren und zu komplizieren, ein spannungsreiches Neben- und Ineinander verschiedener Entwicklungsstränge aufscheinen zu lassen, als neue geschlossene, weitgestreckte Interpretationsgebäude zu errichten. Überlegungen zu synthetisierenden Denkfiguren oder Deutungsmodellen finden sich selten und sind dann oft wenig ausgereift. Das steht in einem auffälligen Kontrast zum reichen analytischen Ertrag der jüngsten Forschungen. Ob es möglich und ob es nötig ist, solche Modelle zu entwickeln, stellt prinzipiell eine Frage der Diskussion dar. Dass sie auch wirklich geführt wird, ist vielleicht das zentrale Desiderat, das sich derzeit formulieren lässt.